

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Alfringhaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SB 61, Belle-Alliance-Platz 6
Druckerschrift: Copodienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Berechtigung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsersten, wenn nicht anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 8. März 1930

Int. Institut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Stalin's "Schwindelgefühle".

Und die Reichsregierung?

SPD. Als wir uns vor wenigen Wochen die Feststellung erlaubten, dass Stalin's Kollektivierungsmassnahmen zu einem fürchterlichen Fiasko führen müssten und Russland in immer tiefere Nöte und Entbehrungen verstrickt werden würde, stimmte die Sowjetpresse mit der Iswestja an der Spitze ein Wutgeheil der Empörung über die "sozial-verräterischen Verleumdungen" an. Das stürmische Tempo der Kollektivierung wurde zahlenmässig belegt und drohend wurde jedem Zweifler zugerufen: Der Stalin-Kurs bleibt unverändert! Schneller als selbst wir angenommen haben ist die Sowjetpresse der Lüge überführt worden und kein anderer als Stalin hat sich inzwischen gegen seinen bisherigen Kurs der Kollektivierung und die Art seiner Propagierung durch die Sowjetpresse gewandt. "Schwindelgefühle von den Erfolgen" heisst sein auf Befehl in der ganzen Sowjetpresse erschienener Artikel, in dem er zwar "grosse Fortschritte" der Kollektivierungsbewegung feststellt, aber gleichzeitig davor warnt, das Tempo zu übereilen und alle Fragen des sozialistischen Aufbaus mit einem Schlage zu lösen. Solche Methoden kämen nur den Feinden der Sowjet-Union entgegen.

Man muss über diese Darlegungen ebenso staunen, wie über vieles was in Sowjetrussland heute möglich ist, trotzdem es gestern noch verschrien wurde. Bisher waren die Kritiker der Stalin'schen Methoden die Feinde. Plötzlich stemmelt Stalin diejenigen dazu, die seine Befehle ausgeführt haben. Dennoch setzt er seine bisherigen Methoden der Verbannung der alten bolschewistischen Garde fort. Unterdessen kehren die Arbeiterbrigaden, die als zuverlässigste Stütze des Stalinismus in die Dörfer entsandt worden waren, um das Tempo der Kollektivierung zu beschleunigen und aufzupassen, dass kein Kulak der Kollektivierung entgeht, entsetzt von den Folgen der bolschewistischen Politik in die Städte zurück. Hier sehen sie mit Grauen die wachsende Hungersnot, der sie auf dem Bande noch entrinnen konnten. Sie sehen ferner, dass es jetzt kein Zurück mehr gibt, so sehr auch Stalin seine Schüler plötzlich beschwören möchte. Durch das bisherige stürmische Tempo der Kollektivierung der Kulaken sind Millionen Bauernwirtschaften vernichtet und Millionen Menschen in den Tod oder in die Verelendung getrieben worden. Dieses verbrecherische Werk wird die bolschewistische Politik jahrelang belasten und für die Bevölkerung Russlands weiterhin Hunger und Elend zur Folge haben. Umsonst hat Stalin sein "Halt" nicht erschallen lassen. Die Sorge um die eigene Existenz, die Angst vor dem Anwachsen von Not und Elend und die hieraus zu erwartenden Folgewirkungen haben in ihm, und das mit Recht, "Schwindelgefühle" erweckt.

Am 25. Februar, also kaum 8 Tage vor dem Rückzug Stalins, posaunte die Russische Telegraf-Agentur noch in die Welt hinaus, dass die exmittierten Kulaken auf neuen Ländereien angesiedelt werden. Mit dieser unwahren Behauptung sollte das Interesse der Welt an dem Schicksal dieser russischen Bauern beru-

higt werden, obwohl bekannt ist, dass der russische Kolonisations-Apparat gegenwärtig überhaupt keine Ansiedlungsmöglichkeiten mehr bietet. Mehr als 4 Millionen Menschen sind jeder Habe beraubt, bei Nacht und Nebel wie Vieh zusammengetrieben worden, um in die entferntesten Länder ohne Nahrung und ohne Schutzdach, geschickt oder auf russisch "angesiedelt" zu werden. Nach dem 5-Jahrplan sollten bis zum Jahre 1932/1933 etwa 20% der gesamten Landwirtschaft, d.h. ca. 4 Millionen Bauernwirtschaften mit 17 Millionen Hektar kollektiviert sein. Aber bereits im Herbst 1929 berechnete man, dass schon 50% der bäuerlichen Wirtschaften kollektiviert sein würden. Man hat eben kollektiviert, wie man bolschewisiert hat, ohne Sinn und Verstand. Man kollektivierte, indem man den Kulaken das Land raubte und über sie und ihr Eigentum wie Räuber verfügte. So musste der Zusammenbruch offenbar werden, die Hungersnot steigen!

Erst kürzlich haben wir uns im einzelnen mit dem Elend in Russland als Folge der Kollektivierung befasst. Aber trotz des Weltüberschusses an Getreide setzt die russische Regierung den Hungerexport auf Kosten der Bevölkerung skrupellos fort. In der deutschen kommunistischen Presse - und anderswo dürfte es ähnlich sein - liest man dennoch das Gegenteil. Erst dieser Tage schrieb die Berliner "Rote Fahne":

"Während in allen Ländern der Erde Hunger, Not und Elend sich ausbreiten, begeht die Arbeiter- und Bauernschaft in der Sowjetunion den "Internationalen Frauentag" im Zeichen der erfolgreichen Durchführung des 5 Jahresplanes."

Eine derartige dreiste Lüge leisten sich die deutschen Kommunisten in dem gleichen Augenblick, in dem Stalin zum Rückzug bläst und die Hungersnot in Russland ein Ausmass erreicht hat, wie selten zuvor. Man lügt das blaue vom Himmel herunter, man verkehrt die Tatsachen bewusst in ihr Gegenteil, um die Massen ausserhalb Russlands glaubhaft zu machen, dass sie die Nachahmung des bolschewistischen und dazu noch verunglückten bolschewistischen Experiments sofort von allen Sorgen befreit und darum die bestehenden Regierungen so schnell als möglich mit allen Mitteln gestürzt werden müssten.

Mit besonderem Eifer versucht Moskau, seine bolschewistischen Methoden auf Deutschland anzuwenden, und immer noch finden sich Verblendete, die jetzt nicht einmal sehen wollen, wo selbst Stalin von "Schwindelgefühlen" gepackt, sein "Halt" in die Massen schreien muss. Wie lange noch - haben wir kürzlich gefragt - beabsichtigt die Reichsregierung, die bolschewistische Propaganda in Deutschland noch länger widerspruchslos gewähren zu lassen? Wir glauben, diese Frage angesichts der Vorgänge am 6. März nochmals wiederholen zu sollen, zumal feststeht, dass sich an diesem Tage in den verschiedensten Gegenden Deutschlands Moskauer Abgesandte aufgehalten haben. Ist es richtig, dass man in der Wilhelmstrasse endlich entschlossen ist, der bolschewistischen Propaganda in der gebührenden Form entgegenzutreten? Wir wünschen darüber hinaus, vor allem, um es ganz klar zu sagen, die tatsächliche Feststellung, welchen Vorteil Deutschland für sich aus den bestehenden Verträgen noch erhoffen kann. Deutschland muss die Sicherheit haben, dass seine Staatsbürger in Russland nicht nur das Recht, sondern auch die Möglichkeit haben, ihre Existenz zu erhalten oder zu schaffen und dass die deutsche Wirtschaft im Verkehr mit Russland nicht noch schlechter gestellt ist, als die der Länder, die mit der Sowjet-Regierung überhaupt keine Verträge abgeschlossen haben. Vor allem aber wollen wir, dass die Sowjet-Regierung in Deutschland keinerlei Rechte und Möglichkeiten besitzt, sich in innerdeutsche Verhältnisse einzumischen.

Deutschland braucht für seinen Aufbau im Innern Ruhe und muss allen Störungsversuchen, gleichviel, woher sie auch kommen mögen, rücksichtslos entgegentreten. Dem Versuch, es zum Tummelplatz Stalin'scher "Schwindelmethoden" zu machen, ist mit allen gegebenen Mitteln ein für alle Mal ein Ende zu machen. Wenn es nicht anders geht, auch durch die Änderung gewisser Verträge, die Sowjetrussland zur Unterhaltung gewisser Stellen in Deutschland berechtigen, die jedoch in der Hauptsache nichts anderes sind als bolschewistische Propaganda-zentralen!

SPD. Paris, 8. März (Eig. Drahtb.)

Wenn es Herrn Schachts Absicht gewesen ist, mit seiner Demission die internationale Friedenspolitik von einer ewigen Sabotagedrohung zu befreien, dann hat er seinen Zweck voll erfüllt. Mit sichtlich Erleichterung begrüsst man namentlich in Paris das Verschwinden dieses Mannes, der, wie der "Paris Midi" schreibt, "in seinem masslosen Grössenwahn offen davon träumte, der Retter Deutschlands zu sein, der die Ketten des Versailler Vertrages zerschlägt". Schacht habe es fertig gebracht, erklärt das Blatt weiter, den von ihm selbst unterzeichneten Youngplan als eine nationale Schande, als eine Unmöglichkeit zu bezeichnen, und sich damit zum Zentrum des Widerstandes gegen die friedliche Reparationsregelung zu machen.

"Trotzdem aber bleibt es dabei, - bescheinigt der "Temps" dem scheidenden Reichsbankpräsidenten - dass Schacht einer der mitverantwortlichen Autoren am Youngplan ist. Er kann seine Unterschrift unter diesen Plan, der sein Werk ist in genau dem gleichen Masse wie das der anderen Sachverständigen, nicht mehr hinwegwischen, denn ohne ihn hätte es überhaupt nicht zur Einigung kommen können. Er selbst hat laut genug die These seiner völligen Unabhängigkeit als Sachverständiger betont und hat freiwillig den Youngplan hingenommen, weil er ihn der Zahlungsfähigkeit des deutschen Volkes angemessen hielt."

Wenn Schacht später unter allerlei Vorwänden gegen den Youngplan vorgegangen sei, fährt der "Temps" fort, so sei dies offensichtlich aus rein persönlicher Politik geschehen. Er sei enttäuscht gewesen über die Wirkungen seiner Unterschrift und habe daher in absolutem Mangel an jeglichem politischen Fingerspitzengefühl seine Politik radikal umgestürzt. Wenn er jetzt von seinem Posten, den er zu einer wahren Kampfstellung gegen die Reichsregierung ausgebaut habe, endlich abtrete, so hoffe er, mit diesem letzten Manöver dem Kabinett Müller neue Schwierigkeiten zu bereiten und die Ratifizierung der Haager Abmachungen durch den Reichstag zu gefährden. Aber sicherlich täusche er sich auch mit dieser Berechnung; denn zu sehr habe er sich in den letzten Monaten isoliert und jeder Berechtigung beraubt, im Namen der deutschen Interessen zu sprechen.

"Wozu aber haben Schachts Quertreibereien gegen den Youngplan genützt?", fragt der "Intransigeant" und antwortet: "Man müsste gerade Schachts wegen starke Zweifel in den ehrlichen Erfüllungswillen Deutschlands setzen." Die Ernennung des Nachfolgers, hofft das gleiche Blatt, werde eine Klärung der Situation bringen. In der Tat: Schachts Opposition gegen den Youngplan hat die Zahlungslasten Deutschlands nicht nur um keinen Heller erleichtert, sondern sie hat im Gegenteil den nationalistischen Kriegshetzern gerade in Frankreich Wasser auf die Mühle geliefert und so zu dem bekannten Angriff gegen die vorzeitige Räumung des Rheinlandes durch die Patrioten Marin, Mandel und Franklin Bouillon geführt.

SPD. Vor wenigen Tagen hatte Reichsaussenminister Dr. Curtius - wie der "Soz. Pressedienst" meldet - mit dem russischen Botschafter in Berlin eine Aussprache über die bolschewistische Propaganda in Deutschland. Dr. Curtius liess dem russischen Botschafter gegenüber keinen Zweifel darüber, dass die Reichsregierung in Zukunft zwischen den Äusserungen und Handlungen der Komintern und denen der russischen Regierung keinen Unterschied mehr machen und die russische Regierung künftig für Äusserungen und Handlungen der Komintern verantwortlich machen werde.

SPD. Wien, 8. März (Eig. Drahtb.)

Der Österreichische Arbeiterkammertag, der sich am Sonnabend mit dem Antiterrorgesetz befasste; nahm nach längerer Debatte mit den Stimmen der christlichen und völkischen Gewerkschaften eine Entschliessung an, in der Pro-

test dagegen erhoben wird, dass die Regierung ihre Vorlage entgegen der bestehenden gesetzlichen Verpflichtung nicht vorher den Arbeiterkammern vorgelegt hat und in der an die Regierung und den Nationalrat die dringende Forderung gerichtet wird, den Arbeiterkammern bis Donnerstag, den 13. März die gesetzlich gebührende Gelegenheit zu geben, den Entwurf einer eingehenden Prüfung und Begutachtung zu unterziehen. Die Regierungsvorlage berühre grundlegende Probleme des kollektiven Arbeitsrechts, denen durch überstürzte Behandlung unübersehbaren Schaden zugefügt werden würde.

SPD. Die Besprechung der Parteiführer über die Finanzvorschläge der Regierung, die unter dem Vorsitz des Reichskanzlers Müller am Sonnabendvormittag um 10 Uhr begann, wurde nach vierstündiger Dauer ergebnislos vertagt. Eine neue Besprechung wurde für Sonntag nachmittag um 4 Uhr vereinbart.

Nach einer allgemeinen Aussprache, die sich überwiegend mit der Dringlichkeit der Verabschiedung der Younggesetze beschäftigte und in der wiederum zum Ausdruck kam, dass das Zentrum auf seiner bisherigen Haltung bestehen bleibe, wurde in eine Aussprache über die einzelnen Teile der Regierungsvorschläge eingetreten. Dabeitrat grössere Meinungsverschiedenheiten zutage bei der Erhöhung der Biersteuer, der Wiedereinführung der Mineralwassersteuer und des Fortbestehens der Industriebelastung, sowie der Reserve der Industriebank. Auch bei den anderen Steuervorschlägen ist keine völlig einheitliche Meinung vorhanden, doch scheinen hier die Gegensätze weniger stark zu sein. Weitgehende Übereinstimmung bestand jedoch darin, dass die Beseitigung der Lohnsteuererstattungen unmöglich ist.

Wesentlich grösser aber als in diesen Einzelfragen sind die Gegensätze bei den Vorschlägen der Regierung auf künftige Ausgabenbeschränkung und sofortige gesetzliche Festlegung von Steuersenkungen. Gegen derart weitgehende Bindungen für eine nicht übersehbare zukünftige Entwicklung hat nicht nur die Sozialdemokratie stärkste Bedenken, auch vom Zentrum und von der Bayerischen Volkspartei wird die Anschauung vertreten, dass die Sanierung der Reichskasse und der Reichsfinanzen erst durchgeführt sein müsse, ehe an Steuersenkungen gedacht werden kann. So wünschenswert die Senkung der Ausgaben und die Senkung der Steuern auch sei, so könne man sie doch erst vornehmen, wenn die Möglichkeit dazu unzweideutig feststeht. Der Deutschen Volkspartei aber gehen die Vorschläge der Regierung noch nicht weit genug. Man verlangt auch die gesetzliche Festlegung der Senkung der Realsteuern und die Einführung der Kopfsteuer für die Gemeinden. Unzweideutig kam ferner zum Ausdruck, dass durch die gesetzliche Festlegung der Steuersenkungen ein nicht mehr zu beseitigender Zwang ausgeübt werden solle, die Ausgaben herabzusetzen.

Auch gegen die vorgeschlagene Regelung der Sanierung der Arbeitslosenversicherung wurden von der Deutschen Volkspartei die stärksten Einwände erhoben. Genau wie vor Monaten wurde auch jetzt die Anschauung vertreten, die Sanierung dürfe nicht durch Beitragserhöhung, sondern müsse durch den Abbau der Leistungen erzielt werden.

Die Deutsche Volkspartei steht also in allen wichtigen Fragen im schroffsten Gegensatz zu den beiden volksparteilichen Ministern. Nach dem Verlauf der Besprechungen ist kaum noch daran zu zweifeln, dass die Deutsche Volkspartei es auf den Bruch der jetzigen Regierungskoalition abgesehen hat. Irgendein Bemühen, die Krise zu vermeiden, eine Verständigung zu fördern, ist bei der Deutschen Volkspartei nicht zu erkennen. Da andererseits das Zentrum nach wie vor seine Zustimmung zum Youngplan davon abhängig macht, dass zuvor eine Verständigung in den Finanzfragen gefunden ist so gibt es im Augenblick nur zwei Auswege: Entweder die Vertagung über die Entscheidung der Younggesetze bis zu einer Verständigung mit der Deutschen Volkspartei oder die Verständigung der Regierungsparteien unter Ausschluss der Deutschen Volkspartei. Ob eine von die-

sen beiden Möglichkeiten durchführbar ist, steht noch dahin. Gegen die Ver-
tägung der Entscheidung über den Youngplan erhebt die Reichsregierung die
stärksten aussen- und innenpolitischen Bedenken. Die Verständigung ohne die
Deutsche Volkspartei ist zwar etwas leichter, hat aber auch erst die Meinungs-
verschiedenheiten zu beseitigen, die mit dem Zentrum, der Bayerischen Volks-
partei und den Demokraten z.Zt. noch bestehen.

Die volksparteiliche "Kölnische Zeitung" schreibt in ihrer Sonnabend-
Ausgabe zur politisch-parlamentarischen Lage:

"Wir müssen die Frage zur Erörterung stellen, was geschieht, wenn die
Parteiführerkonferenz ergebnislos bleibt. Man wird dann eben das Risiko
laufen müssen, die Reparationsgesetze auch ohne das Zentrum zu verabschie-
den. Dies Risiko kann nur dadurch gemildert werden, dass die Reichsregie-
rung erklärt, sofort nach der Schlussabstimmung über die Reparationsgesetze
den Reichstag aufzulösen. Damit würden die Parteien von der Bindung, die
sie gegeneinander und gegenüber ihren Wählern übernommen haben, befreit.
Da knapp drei Wochen vor Beginn des neuen Rechnungsjahrs die Regierungs-
tätigkeit nicht für drei Monate ruhen darf, die Verabschiedung eines Ermäch-
tigungsgesetzes durch den Reichstag jedoch unmöglich erscheint, bliebe nur
noch übrig, dass der Reichspräsident den Reichskanzler auf Grund des Arti-
kels 48 der Reichsverfassung beauftragt, zur Abwendung einer Gefährdung der
öffentlichen Sicherheit und Ordnung die nötigen Massnahmen zu treffen. Diese
Massnahmen würden in erster Linie die Erschliessung ausreichender Einnahme-
quellen und die Schaffung eines mindestens für einige Monate geltenden Not-
haushaltsplans sein. Würde die Schaffung neuer Einnahmequellen über den
1. April hinaus verzögert werden, so würde damit mindestens ein erhöhter
Einnahmetermin des Reichs ausfallen. Die Folge davon wäre, dass noch be-
trächtlich schärfere Steuererhöhungen ins Auge gefasst werden müssten, als
es sonst der Fall wäre. Selbstverständlich würde der Erlass von Verordnungen
über eine Steuerermässigung ab 1. April 1931 nicht durch die Bestimmungen des
Artikels 48 der Reichsverfassung gedeckt werden können.

Die hier wiedergegebenen Auffassungen stützen sich nach unseren Informa-
tionen auf Ansichten, die gegenwärtig in Kreisen der volksparteilichen Reichs-
tagsfraktion ernsthaft diskutiert werden.

SPD. Kiel, 8. März (Eig. Drahtb.)

In Schleswig-Holstein liegen sich die Nationalsozialisten mit den Deutsch-
nationalen schwer in den Haaren.

Der nationalsozialistische Abgeordnete des preussischen Landtags Lohse
schießt mit so schwerem Kaliber gegen den deutschnationalen Oberhauptling
Oberfohren, dass dieser sich nicht mehr anders zu retten weiss, als eine
einstweilige Verfügung nach der anderen von dem Landgericht Kiel zu erwirken.
Diese einstweiligen Verfügungen, die sicher nicht der Originalität entbehren,
verboten Lohse bei Strafe, weiterhin zu behaupten, dass Oberfohren sich sein
Mandat mit 10 000 Mark erkaufte hat, dass er neben seinen Reichstagsdiäten noch
das Oberlehrergehalt bezieht und im Nebenberuf eine grosse Konditorei in Kiel
betreibt. Durch einstweilige Verfügung wird Lohse ferner die Äusserung ver-
boten, dass es "ein Skandal ist, dass ein solcher Mann noch in solcher promi-
nenten Stellung in der Deutschnationalen Volkspartei sein kann", und dass Ober-
fohren ein Verleumder und Ehrabschneider ist, wofür allerdings Lohse sich be-
reit erklärt hat, den Wahrheitsbeweis anzutreten. Insgesamt hat das Landge-
richt drei solcher einstweiligen Verfügungen gegen Lohse erlassen, deren
Rechtsgültigkeit von den Nationalsozialisten allerdings bestritten wird. Ober-
fohren hat seine Anträge begründet mit den Interessen seiner Partei und seiner
selbst, wogegen geltend gemacht wird, dass eine Partei keinen Rechtsanspruch

nach dieser Richtung hin hat.

Eine Einspruchsklage Lohses gegen die einstweiligen Verfügungen konnte noch nicht entschieden werden, weil sich das Gericht über das Urteil noch nicht schlüssig zu werden vermochte und die Urteilsverkündung deshalb auf den 15. März festsetzte.

SPD. Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hielt am Sonnabend nachmittag eine Besprechung ab, um den Bericht über die Verhandlungen der Parteiführer entgegenzunehmen. Über das Ergebnis der Besprechung wird mitgeteilt, dass sich an der Haltung der Fraktion nichts geändert hat. Ihre Vertreter werden bei der Parteiführerbesprechung am Sonntag den bisherigen Standpunkt der Fraktion unverändert vertreten.

Dieser "bisherige Standpunkt" läuft, wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, darauf hinaus, das Regierungsschiff unter allen Umständen möglichst schnell zu verlassen. Die Gruppe, die sich in der volksparteilichen Fraktion noch zur grossen Koalition bekennt, umfasst 10 Abgeordnete.

SPD. Genf, 8. März (Eig. Drahtb.)

Die Wirtschaftskonferenz hielt am Sonnabend vormittag wieder eine Plenarsitzung ab. Der französische Handelsminister Flandin legte in einer stark politisch eingestellten Rede ein Wirtschaftsprogramm von ausgeprägtem französisch-kontinental-europäischen Charakter vor. Der von ihm erwartete praktische Antrag ging darauf hinaus, dass die zurzeit bestehenden Handelsverträge bis zum 1. April 1931 verlängert werden sollen. Werden sie nicht zwei Monate vorher gekündigt, so laufen sie automatisch weiter. Wollen Handelsvertragsstaaten ihre nicht gebundenen Zölle verändern, so ist dazu ein gewisses Verfahren zu beachten. Die Veränderungen müssen vorher den anderen Teilnehmern am Abkommen angezeigt werden. Erhebt ein Teilnehmer Widerspruch, so müssen Verhandlungen stattfinden und erst wenn in ihnen keine Einigung erzielt werden sollte, kann der unzufriedene Staat vom Abkommen zurücktreten. Die Staaten, die keine Handelsverträge mit gebundenen Zöllen haben, sollen sich in einem ähnlichen Abkommen verpflichten, ihre Zölle gleichfalls nicht ohne vorherige Ankündigung zu erhöhen.

Im übrigen entwickelte der französische Handelsminister ein Programm für die Fortsetzung der Arbeiten zur Herbeiführung einer europäischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit.

SPD. Dresden, 8. März (Eig. Drahtb.)

Am Sonnabend wurden die inzwischen aus dem Dienst entlassenen Polizeioffiziere Alfred Krempe und Otto Paul Schlechte aus Dresden von dem Dresdener Schöffengericht von der Anklage der Kuppelei freigesprochen. Die Offiziere, die beide verheiratet sind, waren beschuldigt minderjährige Mädchen in einer Dresdener Polizeikaserne geschlechtlich missbraucht zu haben.

In der Urteilsbegründung heisst es, die Angeklagten hätten sich in einer Weise verhalten, die verwerflich und mit dem Beruf eines Polizeioffiziers unvereinbar sei. Immerhin sei der Beweis für kriminell strafbare Handlungen nicht erbracht worden. An sich stehe fest, dass Krempe mit zwei noch nicht 16 Jahre alten Mädchen Geschlechtsverkehr vollzogen hatte, aber es gelte nicht als nachgewiesen, dass er sie verführte, da auf Grund der Zeugenaussagen ein freiwilli-

ges Ergeben anzunehmen sei. In einem dritten Fall habe zweifellos Beeinflussung durch Kremepe vorgelegen, doch schien dem Gericht nicht einwandfrei geklärt, ob der Verkehr vor oder nach Vollendung des 16. Lebensjahres des Mädchens erfolgte.

SPD. Paris, 8. März (Eig. Drahtb.)

Die Fraktion der Republikaner schloss am Sonnabend drei Abgeordnete aus, die gegen das Kabinett Chautemps gestimmt hatten. Darunter befindet sich der Kognakfabrikant und frühere Ackerbauminister Hennessy.

SPD. Madrid, 8. März (Eig. Drahtb.)

Die spanische Regierung hat sich mit der Frage eventueller Neuwahlen beschäftigt. Es wurde eine Verordnung beschlossen, die eine Neuaufstellung der Wahllisten vorsieht. Ausserdem wurde beschlossen, den Frauen kein Wahlrecht zu geben.

In hiesigen politischen Kreisen glaubt man, dass die Neuwahlen frühestens für Oktober ausgeschrieben werden.

SPD. Auf der zweiten Jahrestagung der Reichsforschungsgesellschaft für Wirtschaftlichkeit im Bau- und Wohnungswesen (RFG), die am Sonnabend in Berlin stattfand, wurde von Professor Stiedler das weite Arbeitsgebiet dieser Forschungsstelle umrissen.

Stiedler führte u. a. aus, der Zweck der RFG sei, die technischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten von Verbesserungen und Verbilligungen im Bau- und Wohnungswesen im Interesse der Bauwirtschaft zu erforschen, insbesondere seien Mittel und Wege zu finden, um den Wohnungsbau für die breiten Massen der Minderbemittelten zu verbilligen. Für die Bauforschung müssten Qualitätsnormen hinsichtlich des Gesamtausmasses von Wohnungen, der Baueinteilung, der Bauausstattung und der Installation geschaffen werden. Derartige Normen gebe es bisher noch nicht. Es handle sich hierbei aber nicht allein darum, irgend eine billige Wohnung zu schaffen, sondern den Wohntyp, der einem bestimmten Typ von Menschen und ihren Bedürfnissen angepasst ist. Der hygienische Gesichtspunkt sei bei der Wahl der Hausform von ausschlaggebender Bedeutung. Für Kleinstwohnungen könne man die Hausform nicht als wirtschaftlich ansehen, die auf jedem Treppenpodest nur zwei Wohnungen habe. Eher kämen die Laubenganghäuser oder die sogenannten Drei- und Vierspänner in Frage. In der städtebaulichen Gruppierung seien die Baublöcke nach und nach durch die Hauszeilen verdrängt worden.

Wichtige Studien hat die RFG auch in der Frage der Normung von Baustoffen und Bauweisen angestellt und damit die bereits von den Materialprüfungsämtern geleistete wichtige Vorarbeit ausgebaut.

SPD. Hamburg, 8. März (Eig. Drahtb.)

Am Sonnabend abend drang in Hamburg ein junger Mann in ein Juweliergeschäft ein und verletzte dessen Inhaber durch einen Schuss, als dieser im Begriff stand, dem Räuber die Waffe aus der Hand zu schlagen. Der Täter ergriff dann die Flucht. Als er sich von Polizeibeamten umstellt sah, schoss er sich an der Ecke Kleine Theaterstrasse eine Kugel in den Kopf, die seinen sofortigen Tod herbeiführte. Der Juwelier verstarb kurze Zeit nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus.

SPD. Haag, 8. März (Eig. Drahtb.)

Der niederländische Aussenminister erklärt in einer der zweiten Kammer zugegangenen Denkschrift über das Verhältnis zwischen Deutschland und den Niederlanden, es sei ein unbefriedigender Zustand, dass die der deutschen Regierung wegen der Seekriegsschäden unterbreiteten Forderungen immer noch nicht erfüllt seien. Hinsichtlich der von Deutschland auf niederländische landwirtschaftliche und Gartenbauerzeugnisse erhobenen Einfuhrzölle, die immer wieder zu Klagen an die Regierung führten, biete der Zoll- und Kreditvertrag mit Deutschland zu einer Änderung dieser Zölle leider keine Rechtsgrundlage.

SPD. Paris, 8. März (Eig. Drahtb.)

In einem Eisenwalzwerk in Pont à Mousson war ein Mechaniker damit beschäftigt, an einem Walzgang eine kleine Reparatur vorzunehmen, als einem Lehrling der Gedanke kam, seinem Arbeitskollegen einen kleinen Schreck einzujagen. Er schlich sich an die elektrische Schalttafel und setzte die Maschine in Gang. Der überraschte Mechaniker geriet zwischen die Walzen, und bevor die Maschine wieder zum Stillstand gebracht werden konnte, waren ihm beide Beine bis zur Höhe des Oberschenkels zerquetscht; sie mussten sofort amputiert werden.

SPD. Als Nachfolger des zurückgetretenen Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht hat unter den zahlreich genannten Kandidaten der frühere Reichskanzler Luther die meisten Aussichten, gewählt zu werden. Luther ist, wie in unterrichteten Kreisen verlautet, bereit, eine auf ihn fallende Wahl anzunehmen.

Die Reichsregierung hat sich mit der Nachfolge des zurückgetretenen Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht bereits am Freitag abend beschäftigt.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Montag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Die Stätte der Katastrophe.

(Von unserem in das Unglücksgebiet nach Südfrankreich entsandten Sonderkorrespondenten.)

SPD. Toulouse, 8. März (Eig. Drahtb.)

Frankreich ist von einer schweren Katastrophe heimgesucht. Die Überschwemmungen erstrecken sich über 12 Provinzen, quer durch den Süden, vom Mitteländischen Meer zum Atlantischen Ozean. Es ist ein Gebiet von etwa 400 Kilometern Länge und 50 Kilometern Breite. Die Garonne, der Tharn und ihre Nebenflüsse sind zu hoch angeschwollenen mächtigen Strömen geworden. Drei Tage lang hatten sie alle Gegenden und die in ihnen gelegenen Städte und Dörfer oft bis zu den Dächern unter Wasser gesetzt. Jetzt, da diese Wasser abziehen, hinterlassen sie Bilder des Entsetzens und Grauens, als wäre jahrelanger Krieg und Vernichtung über Felder und Fluren, durch Städte und Dörfer gezogen.

Brücken sind gesprengt, Eisenbahnschienen, Telephon- und Lichtanlagen, Bäume, Weinstöcke und Saaten weggespült, und in den schmutzig-roten Fluten treiben tote Menschen, Tierkadaver, aufgeschwollene Leiber von Kühen, Pferden, Ziegen, Schweinen, Wagengestelle, Betten und Hausgerät. Am Rande der Strassen das gleiche Bild: so muss es nach der Sintflut ausgesehen haben. Flüchtende Einwohner, die auf Karren die Reste ehemaliger Wohnungseinrichtungen abtransportieren, Täler des Schweigens, der Zerstörung, des Todes. Über diesem fruchtbaren Südfrankreich lagert blauer Himmel. Die Mandelbäume blühen rosa-rot, die Sonne strahlt, aber Trauer, Wehmut und Verzweiflung ist in die Herzen des Volkes eingezogen. Kein Gehöft am Ufer der Flüsse und Bäche ist unversehrt geblieben. Viele, viele Dörfer sind wegrasiert und zahlreiche Städte zur Hälfte und mehr buchstäblich zusammengebrochen. Das Unglück zu schildern, dazu bedarf es des Erinnerens an die Schlachtfeldzonen des Krieges und all ihres Grauens. Die Höhe des Schadens ist kaum zu schätzen. 150 = 200 Millionen Goldmark dürfte die Mindestziffer sein.

Wieviel Hundert Tote? Auch das vermag heute noch niemand zu sagen. Etwa 250 Leichen sind bis heute geborgen. Ganze Familien sind unter den Trümmern der eingestürzten Häuser und Stadtviertel begraben, und stündlich werden neue Tote zwischen den Balken hervorgeholt. In der am schlimmsten betroffenen Stadt Moissaz, die 24 000 Einwohner zählt, ist eine Kirche ausgeräumt. Statt der Bänke stehen 80 Särge auf dem nassen Fussboden und zwischen den Särgen irren schweigend die Angehörigen. Kinder suchen die Leichen der Eltern, Eltern die Leichen der Kinder. In diesem Moissaz wurden bis heute 152 Tote aufgebahrt, in Montauban über 50 Tote. 50 Kilometer von Toulouse entfernt, liegt diese Stadt zu $\frac{2}{3}$ zerstört. 32 000 Einwohner werden gezählt, 20 000 von ihnen sind obdachlos. Die Bürgermeisterei verteilt Lebensmittelkarten und die Soldaten haben zur Speisung der Hungernden die Feldküchen aufgefahren. In dem 12 000 Einwohner zählenden Städtchen Agen, das zu einem Drittel von den Fluten fortgerissen wurde, ist die Zahl der Toten verhältnismässig gering, dank dem Zirkus Hagenbeck, der seine Zelte aufgeschlagen hatte, und die zur Zeit des Fluteinbruchs einen grösseren Teil der Bevölkerung zur Nachtvorstellung beherbergten. Da die französische Bevölkerung gewohnt ist, auch ihre Kinder zu solchen Vorstellungen mitzunehmen, waren viele Wohnungen leer, als die Häuser wie Streichhölzer zusammenknickten. Am meisten betroffen sind die Armen und die Arbeiter, aus denen sich die Bevölkerung der alten und tiefliegenden zusammengestürzten Stadt hauptsächlich zusammensetzt.

Das ist der dem Berichterstatter sich zeigende erste Generalüberblick über die überschwemmten Gebiete. Dieser erste Eindruck wäre unvollkommen, wollte man nicht die ausserordentlich wohltuende Wirkung hinzufügen, die die in der Bevölkerung viel besprochene, durch den deutschen Botschafter in Paris übermittelte Beileidskundgebung der deutschen Reichsregierung gefunden hat. Die dadurch zum Ausdruck gekommene Teilnahme des deutschen Volks am Unglück des französischen Volkes hat eine gute Saat in alle Herzen gepflanzt.

Jakob Altmaier.

Reichstags- Stimmungsbild.

SPD. Berlin, 8. März (Eig. Bericht).

In einer siebenstündigen Sitzung setzte der Reichstag am Sonnabend die zweite Beratung der Young-Gesetze fort. Die politische Spannung lag allerdings nicht über dem Sitzungssaale, sondern im sogenannten Zeppelin-Zimmer, wo die Parteiführer zusammensassen. Selbst während der Rede des Ministers des Aeusseren Curtius fanden sich nur verhältnismässig wenige Abgeordnete im Plenarsaal ein. Die meisten Parlamentarier erörterten in der Wandelhalle die politische Situation, die sich im Laufe des Sonnabend immer unklarer gestaltete. Im Sitzungssaale traten die Deutschnationalen, ermutigt durch den Rücktritt Schacht's und die Krisentreiberei der Volkspartei, mit besonderer Frechheit auf. Der deutschnationale Abg. Dr. Quatz, der nie aus den Flegeljahren herauskommen wird, wurde wegen wiederholten ungebührlichen Benehmens auf dem Saale gewiesen und der ihm an Erziehungsmangel nicht nachstehende deutschnationale Abg. Dr. Everling kam nur knapp an demselben Schicksal vorbei. Immer wieder vollführten die wenigen deutschnationalen Abgeordneten einen tosenden Lärm gegen die Regierungsbank.

Sachlich konnte naturgemäss nicht mehr viel Neues gesagt werden. Der erste deutschnationale Redner Oberfinanzrat Dr. Bang bedauerte, dass Schacht nicht schon in Paris zurückgetreten sei. Der kommunistische Abg. Jaddasch, der mit reichlicher Ahnungslosigkeit über das Polenabkommen redete, musste sich nachher von dem Zentrums- Abgeordneten Schötter bestätigen lassen, dass er mit erfreulicher Entschiedenheit für die Wahrung des Privateigentums eingetreten sei. Neu war es auch nicht, dass der volksparteiliche Abg. Dr. Schnee gegen den volksparteilichen Minister Curtius polemisierte und ankündigte, dass er, Herr Schnee kaiserlicher Gouverneur a.D., gegen die Liquidationsabkommen stimmen werde.

Etwas Leben brachte der junge sozialdemokratische ostpreussische Abg. Lufft in die Debatte. Temperamentvoll und in scharf zugespitzten Wendungen setzte er sich mit der Rechten auseinander und vergass auch nicht die notwendige Polemik gegen die Kommunisten. Diesen sagte er, dass gerade alle diejenigen Wirtschaftspolitiker, die einen gesteigerten Wirtschaftsverkehr mit Russland wollen, die Verständigung mit Polen herbeiführen müssen. Gehe doch nun einmal der Export nach Russland und der Import von Russland nach Deutschland durch polnisches Gebiet. Eine wirtschaftliche Befriedung, ein Abschluss des deutsch-polnischen Zollkrieges, der unserer Wirtschaft so schade, könne aber nur kommen, wenn vorher durch dieses Liquidationsabkommen eine politische Entgiftung herbeigeführt worden sei. Der nationalsozialistische Abg. Stöhr warf den bürgerlichen Regierungsparteien vor, dass sie ihre Erfüllungspolitik nur unter dem Drucke der Sozialdemokratie betrieben. Die Sozialdemokratie sei die eigentlich Verantwortliche für die Reparationspolitik und mit ihr würden die Nationalsozialisten einmal abrechnen.

Als Verfechter französischer nationalistischer Ideen trat dann der deutschnationale Freiherr v. Freytag-Loringhoven auf. Er, der einstige zaristische Reitergeneral, ritt heftige Attacken insbesondere gegen den Reichsminister Wirth, den er mit persönlichem Hass verfolgt. Noch einmal gab sich dieser sonderbare Verfechter deutschnationaler Politik heisse Mühe, nachzuweisen, dass den Franzosen auch aus dem Young-Plan das Recht zu militärischen Sanktionen zustehe. Schliesslich kam ein Aufruf an die Adresse Hindenburgs. Dieser soll sich weigern, die Gesetze zu verkünden und auf diese Weise einen neuen Volksentscheid herbeiführen. Reichsaussenminister Curtius erhob sich sofort, aber man merkte ihm den Widerwillen an, nun zum x-ten Male die verfehlten Ansichten von Freytag-Loringhoven zurückzuweisen. Er hob noch einmal hervor, dass das Sanktions-System des Versailler Vertrages beseitigt und diese Beseitigung schriftlich niedergelegt sei. Zu einer grossen Sensation wurde es, als Reichsminister Dr. Curtius den Deutschnationalen von Freytag-Loringhoven als Mitarbeiter des französischen nationalistischen "Figaro" vorstellte. Dieses französische Hetzblatt hat mit Begeisterung einen Aufsatz des Deutschnationalen von Freytag-Loring-

hoven abgedruckt und den Standpunkt dieses deutschnationalen Parlamentariers zur Sanktionsfrage als den richtigen Standpunkt begrüsst, als die Meinung, die auch von den französischen Nationalisten vertreten wird.

Die Aussprache wandte sich dann mehr und mehr Detailfragen zu. U.a. nahm der sozialdemokratische Abg. Scheffel das Reichsbahngesetz unter Kritik. Er wies die Gegensätze zwischen Leitung und den breiten Massen der Personalien nach. Die Reichsbahndirektoren hätten in Paris ihre eigenen Interessen wahrzunehmen gewusst.

Gegen 6 Uhr vertagte sich das Haus auf Montag.

SPD, Genf, 8. März (Eig.Drahtb.)

Der französische Antrag auf Abschluss eines allgemeinen Abkommens zur Verlängerung der Handelsverträge bis mindestens 1. April 1931 ist dem bisherigen Zollfriedens- Ausschuss überwiesen worden, der damit die Aufgabe erhält, statt des gescheiterten Zollfriedens wenigstens einen Handelsvertragsfrieden zustande zu bringen.

Die französische Stellungnahme wird von den Staaten, die für den Zollfrieden eintraten, zwar als ernsthafter Versuch gewertet, die Konferenz vor Ergebnislosigkeit zu retten, aber man verhehlt nicht, dass sie manchen Rückschritt hinter dem ursprünglichen Ziel der Konferenz bedeutet. Man weist darauf hin, dass der Handelsvertragsfrieden für die autonomen Zölle nur Verhandlungsverpflichtung, aber keine feste Bindung vorsieht. Vor allem aber findet sich bei genauem Durchlesen der im Protokoll vorliegenden Erklärung des französischen Handelsministers auch nicht das mindeste Versprechen eines Zollabbaues. Frankreich schlägt für die Zeit bis zum 1. April 1931 eine Reihe sehr schwieriger technischer Untersuchungen und Konferenzen vor, wie sie auch schon im Bericht des zweiten Ausschusses der Konferenz enthalten sind, will aber anscheinend der Frage der Zollherabsetzung frühestens nach Durchführung dieses Programms, von dem niemand weiss, wie weit es überhaupt innegehalten werden kann, nähertreten. Diese ausweichende Haltung Frankreichs wird besonders von England, Holland und den skandinavischen Staaten bemängelt, doch dürfte sich die kritische Einstellung erst dann zu einer Ablehnung des französischen Antrages verdichten, wenn der französische Handelsvertragsfrieden durch zuviel Ausnahmen noch mehr entwertet wird.

Der 5. der neun Artikel des französischen Entwurfs sieht vor, dass die Staaten eine Liste von Waren einreichen, für die sie völlige Befreiung von jeder Bindung wünschen. Frankreich selbst verlangt Freiheit für die Zollbehandlung von Agrarpunkten; Rumänien, Ungarn und Polen lassen verlauten, dass sie ihre Getreidezölle freibleibend halten wollen. Wohl die meisten Staaten werden versuchen, den Artikel 5 zum Schutz ihrer engsten nationalen Handelsinteressen zu benutzen. Während diese Ausnahmenwelle die Ausschussberatungen sehr erschweren wird, nimmt man ablehnende Äusserungen von italienischer Seite weniger tragisch.

SPD. Paris, 8. März (Eig.Drahtb.)

Der belgische Ministerpräsident Jaspar ist am Sonnabend in Paris eingetroffen, um mit der französischen Regierung über die Inkraftsetzung der Haager Vereinbarungen zu verhandeln. Jaspar wird voraussichtlich am Montag nach Brüssel zurückkehren.

Aus aller Welt

Haarwasser als Getränk .

SPD. Die amerikanische Bundesregierung will in Chicago wieder einmal einem riesigen Alkoholschmuggelring den Garaus gemacht haben. Der Schmuggelring wird mit einem Umsatz von sieben Millionen Gallonen Alkohol im Werte von 60 Millionen Dollar in den sieben Jahren seiner Tätigkeit als der grösste seiner Art bezeichnet. Der Konzern hatte sein Tätigkeitsfeld über die ganze Union ausgedehnt und besass zuverlässige Agenten in allen grösseren Städten. Unnötig zu sagen, dass zahlreiche Beamte ihre Hände mit im Spiel hatten und aus den glänzenden Geschäften der Alkoholschmuggler entsprechende Gewinne bezogen.

Das Interessanteste an der ganzen Geschichte ist aber, wie das grosszügig aufgezogene Syndikat betrieben wird. Da die Leiter des Konzerns über recht gute Beziehungen verfügten, gelang es ihnen, zu industriellen Zwecken in den Besitz von riesigen Mengen von denaturiertem Spiritus zu kommen, der sich unter fachkundigen Händen in einen zum menschlichen Gebrauche geeigneten Alkohol verwandelte. Vater und - wenn man so sagen darf - spiritus rector des Syndikates war ein bulgarischer Ingenieur, Anastasow Sreben, dem es nach der Anklage gelungen sein soll, mittels eines Geheimverfahrens einen zuverlässigen Prozess zur Umwandlung von denaturiertem Sprit in trinkbaren Alkohol zu entdecken. Da die Anforderungen für denaturierten Spiritus durch angesehene Drogenfirmen erfolgten, hatten die Behörden keinen Verdacht; auf diese Weise gelang es dem Ingenieur und seinen gutbürgerlichen Teilhabern, sieben Jahre ungestört zu arbeiten und unerhörte Gewinne zu erzielen. Offiziell ging das Syndikat unter dem Namen einer Desinfizier-Gesellschaft. Bald gelang es dem Ingenieur auch, die Essenzen aus Haarwässern, Parfumen und Desinfektionsmitteln zu entfernen und den verbliebenen reinen Alkohol für Trinkzwecke nutzbar zu machen. Es dauerte sieben Jahre, bis die Behörden an dem enormen Verbrauch von denaturiertem Spiritus Verdacht schöpften und nach monatelanger Arbeit glücklich herausfanden, dass nicht alles mit rechten Dingen zuging. Wie die Dinge heute stehen, hat die Regierung der Vereinigten Staaten wenigstens das angenehme Gefühl, zu den Geschäften des Ingenieurs Sreben den Alkohol zu den billigsten Preisen, in bester Qualität und in unbegrenzten Mengen geliefert zu haben.

Nach den ersten sensationellen Meldungen ist es über diesen neuesten Fall merkwürdig still geworden. Das hat unzweifelhaft seinen Grund darin, dass zahlreiche Beamte aufs schwerste kompromittiert sind und die Behörden den Gegnern der Prohibition nicht noch mehr Material zu wütenden Angriffen geben wollen. Bisher sind gegen 31 Firmen und 158 Personen Strafverfahren anhängig gemacht worden. Nach dem tüchtigen Ingenieur wird ohne Erfolg gesucht.

+ + +

Eine Weise von Liebe und Tod... Eine gemeine Rache nahm ein Schweizer Landwirt an einer jungen Lehrerin, der er vergeblich Liebesanträge gemacht hatte. Er darg gegen gute Bezahlung zwei skrupellose junge Burschen, die die Lehrerin auf einem Waldwege überfielen und vergewaltigten. Es gelang der Polizei, beide Täter festzunehmen. Sie legten sofort das Geständnis ab, von dem betreffenden Landwirt zu ihrer Tat gedungen worden zu sein. Der Landwirt brach bei seiner Vernehmung zusammen und entschuldigte sich damit, dass er die Lehrerin leidenschaftlich liebe. Man lieferte den rachsüchtigen Liebhaber in das Gefängnis ein, wo er sich in der ersten Nacht erhängte.

+ + +

Dynamitexplosion: sechs Tote. Bei einer Gesteinssprengung in Solontz (Ungarn) explodierte eine Dynamitpatrone vorzeitig, wodurch sechs Arbeiter getötet, acht schwer verletzt wurden.

+ + +
Im Taxi durch die Sahara. Die 62 jährige Amerikanerin Mrs. Douthert reist in Mietsautos durch die Sahara, um den Beweis zu erbringen, dass Afrika genau so zivilisiert ist wie New York. In Windhuk hat die unternehmungslustige Dame die Reise begonnen und in Marokko dürfte sie in diesen Tagen ankommen.

+ + +
Das Paradies der Plünderer. Den internationalen Plünderungsrekord scheint Lyang, eine chinesische Stadt im Westen von Honan, zu halten. Sie wurde in den letzten Jahren 72 Mal überfallen und ausgeplündert. 3000 Männer, Frauen und Kinder wurden zu Erpressungszwecken entführt. Von hundert Brunnen sind 96 durch Leichen verseucht. Die Räuber haben ihre Opfer einfach in die Brunnen= schächte gestürzt. - In Kunghsien wurden bei den letzten Räuberbesuchen 3000 Einwohner erschlagen, 5000 Häuser eingeäschert, ferner 10 000 Stück Vieh fort= getrieben und endlich eine Million Goldmark geraubt. Die Stadt ist von den Einwohnern geräumt worden.

+ + +
Heilung von Gefässkrankheiten. In der Wiener Gesellschaft für Aerzte wurde mit dem Jodpräparat Uroselectan ein neues Heilverfahren zur Behandlung von Gefässkrankheiten demonstriert. Mit diesem Präparat wurden bereits schwere Bluterkrankungen der Arterien, bei denen die Gefässwände verdickt werden, ge= heilt. Sonst sind in entsprechenden Fällen oft verstümmelnde Operationen not= wendig gewesen.

+ + +
Gefährlicher Jugendaustausch? Auf Anregung der Pfadfinderbewegung hat in den letzten Jahren ein Austausch von Knabenbesuchen zwischen Dänemark und den Vereinigten Staaten stattgefunden. In jedem Sommer fuhr eine grössere An= zahl dänischer Knaben im Alter von 14 bis 16 Jahren nach Amerika, wo sie in amerikanischen Bürgerfamilien Einquartierung fand, während amerikanische Kna= ben nach Dänemark reisten. Der dänische Schriftsteller Olaf Linck richtete nun kürzlich in Vorträgen und in der Presse heftige Angriffe gegen diesen Ju= gendaustausch, erklärte ihn für überflüssig und schädlich, da die jungen Dänen absolut nichts in Amerika lernen könnten, weil die amerikanische Jugend auf einem weit niedrigeren kulturellen Niveau stehe als die dänische. Die amerika= nischen Jungen seien ausserdem unerzogen, verhätschelt und unmoralisch. Er empfahl lieber einen solchen Jugendaustausch mit Deutschland, Schweden und Nor= wegen in die Wege zu leiten. Linck wurde von verschiedenen Seiten heftig an= gegriffen. Es machte jedoch auf die Oeffentlichkeit einen tiefen Eindruck, als er den Beweis dafür erbringen konnte, dass mehrere von den jungen Amerikanern, die im letzten Sommer Dänemark besuchten, bei ihrer Ankunft geschlechtskrank waren und einem Krankenhaus übergeben werden mussten. In Dänemark soll ein derartiger Zustand unter der heranwachsenden Jugend ganz ungewöhnlich sein. Jetzt ist sicher, dass im kommenden Sommer ein dänisch-amerikanischer Knaben= austausch nicht stattfinden wird.

+ + +
"Bruder und Schwester". Vom Schöffengericht Berlin-Lichtenberg wurden ein 50 Jahre alter Handwerker, der von seiner ihm rechtlich angetrauten Frau seit 23 Jahren getrennt lebt, und seine 35 Jahre alte, unglücklich verheirate= te weibliche Schwester anstelle von zwei Monaten Gefängnis zu je 200 Mark Geldstrafe "wegen Blutschande" verurteilt. Mann und Frau unterhielten seit 1926 ein Liebesverhältnis ohne irgendwelche Folgen. Der Mann brachte die Tat selbst zur Anzeige.

+ + +

Mädchenmord an der Reichsgrenze. An der deutsch-luxemburgischen Grenze wurde die Leiche eines jungen Mädchens aus Dillingen entdeckt, das in den Wald gegangen war, um Laub zu sammeln, und dort von einem Knecht vergewaltigt und erstochen worden ist. Der Täter ist flüchtig.

+ + +
In den Alpen vermisst. Seit dem 26. Januar werden in den Tiroler Alpen der Zeitungsverleger Kurt Möller aus Berlin-Hermsdorf, der Arzt Dr. Schultze aus Berlin-Wittenau und ein Ehepaar Lautner aus Berlin-Frohnau vermisst. Die vier Personen haben eine gemeinsame Bergtour unternommen und sind bis jetzt trotz eifriger Nachforschungen nirgends entdeckt worden.

+ + +
Schüsse in der Eehölle. Die Pariser Gattenmörderin Mme. Desotrat, die Tochter eines nach Tunis geflohenen Barrikadenkämpfers von 1848 wurde von der Anklage des Gattenmordes freigesprochen. Ihr Leben, das sie den Richtern schilderte, war eine einzige Qual. Ihr erster von ihr geschiedener Mann, ein Kellner, hatte sie nicht nur betrogen, sondern auch täglich schwarz und blau geschlagen. Mit ihrem zweiten Gatten, den sie 1906 heiratete, ging es ihr noch schlimmer. Im Krieg war er zwei mal desertiert, jedesmal versteckte ihn die Frau monatelang auf dem Speicher und ernährte ihn. Nach seiner zweiten Verhaftung bekam der Flüchtling 20 Jahre Zwangsarbeit. Seine Frau rastete nicht, bis die Strafe auf fünf Jahre Gefängnis ermässigt war. Kaum aber hatte er seine fünf Jahre abgebusst, als er seine Gunst und das Geld seiner Frau einer Geliebten schenkte, denn er arbeitete überhaupt nichts, sondern liess sich von seiner betrogenen Frau ernähren. Einmal schimpfte Desotrat seine Frau vor einer grossen Gesellschaft aus und desavouierte sie, in dem er andere Frauen vor ihren Augen küsste. Frau Desotrat lief nach Hause, angeblich, um sich zu ertränken. Sie kam aber mit einem Revolver wieder und streckte den Gatten mit fünf Schüssen nieder. Die Waffe selbst hatte sie einige Wochen vorher von ihrem Mann erhalten, der sie auch im Schiessen ausbildete. Offenbar hatte der Gemütsmensch damit gerechnet, seine Frau werde sich einmal das Leben nehmen. Dass das Geschenk ihm selbst das Leben kosten würde, daran hatte er anscheinend nicht gedacht.

+ + +
Norwegen norwegisiert sich. Die norwegische Bewegung des Umtaufens von norwegischen Städten mit dänischen Namen, die damit begann, dass Christiania sich auf Reichstagsbeschluss Oslo nennen musste, macht weitere Fortschritte. Man kann in Norwegen diese nationalistische Bewegung auch daran erkennen, dass die frühere allgemein anerkannte dänische Schriftsprache immer mehr durch einen unverständlichen norwegischen Bauerndialekt ersetzt wird. Zur Zeit tobt ein heftiger Streit um Trondhjem. Der Reichstag in Oslo beschloss, diesen Namen zu streichen und durch das ältere Nidaros zu ersetzen. Diese Namensänderung ist kürzlich in Kraft getreten trotz des Protestes der Einwohner von Trondhjem und obwohl das Lagthing die Namensänderung abgelehnt hatte. Der Reichstag hielt aber an seinem Beschluss fest und wies einen Antrag, beide Namen zuzulassen, ab.

+ + +
Kinderstreit, der zur Dorfschlacht wird. In dem Dorfe Gungulje gerieten dieser Tage spielende Kinder in einen heftigen Streit. Bald mischten sich auch die Eltern der Kinder und andere Leute ein, sodass schliesslich ein blutiger Kampf zwischen den streitenden Parteien entbrannte, an dem fast der ganze Ort teilnahm. Erst als die Polizei einschritt, konnte der "Schlacht" ein Ende gemacht werden. Auf der Walstatt lagen bereits zwei lebensgefährlich und zahlreiche leicht verletzte Bauern.

Gewerkschaftliche Rundschau ✖

Jugendliche und Betriebsrätewahlen!

Mit 18 Jahren wahlberechtigt!

SPD. Die Betriebsrätewahlen stehen vor der Tür. Wenn sie auch nicht die Bedeutung einer Reichs- oder Landtags- oder Kommunalwahl haben, so sind sie doch eine sehr ernste Angelegenheit, die alle Arbeitnehmer interessieren muss. Auch dem jugendlichen Arbeitnehmer kann und darf die Wahl der Betriebsvertretung nicht gleichgültig sein; denn sie ist ein eminent wichtiger sozial-politischer Akt. An ihm wird zwar noch nicht über den Einfluss der Arbeiterschaft auf die Wirtschaftsführung des Betriebes entschieden, wohl aber über die Ausführung des Tarifvertrages, über Ueberstunden, Kurzarbeit, Entlassungen und dergl. mehr. Da alle diese Fragen, vor allem aber die Frage der Entlassung, den jugendlichen Arbeitnehmern in gleicher Weise berühren wie die älteren Arbeitskräfte, besteht für den Jugendlichen, wenn er sich nicht selbst schädigen will, die Verpflichtung, sich ebenfalls aktiv um die Betriebsrätewahl zu kümmern und sich an ihr zu beteiligen.

Wer von den jugendlichen Arbeitnehmern kann bei der Betriebsrätewahl seine Stimme abgeben? Antwort: jeder, der das 18. Lebensjahr erreicht hat und einem Betrieb angehört. Nach dem § 20 des Betriebsrätegesetzes ist wahlberechtigt derjenige weibliche und männliche Arbeitnehmer, der mindestens 18 Jahre alt ist und sich im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte befindet. Also alle jugendlichen Arbeitnehmer, sowohl männlichen wie weiblichen Geschlechts, die das 18. Lebensjahr erreicht haben - es muss erreicht sein am Tage der Stimmabgabe - können sich aktiv an der Wahl der Betriebsvertretung beteiligen, wenn sie einem Betrieb angehören und Arbeitnehmer im Sinne des BRG sind. Solche Arbeitnehmer sind Arbeiter und Angestellte. Nicht als Arbeitnehmer gelten die Familienangehörigen des Arbeitgebers, ferner öffentliche Beamte und Beamtenanwärter, sowie Personen, deren Beschäftigung nicht in erster Linie ihrem Erwerb dient, sondern mehr durch Rücksichten der körperlichen Heilung, der Wiedereingewöhnung, der sittlichen Besserung, der Erziehung oder durch Beweggründe charitativer, religiöser, wissenschaftlicher oder künstlerischer Art bestimmt wird. Pfirsorgezöglinge besitzen also kein Wahlrecht. Hat der jugendliche Arbeitnehmer das 18. Lebensjahr erreicht und befindet er sich trotzdem noch in einem Lehrverhältnis, so steht ihm dennoch das Wahlrecht zu. Das Betriebsrätewahlrecht hängt auch nicht von einer bestimmten Beschäftigungsdauer ab. So haben jugendliche Arbeitnehmer über 18 Jahre, auch wenn sie nur vorübergehend beschäftigt werden, trotzdem das Wahlrecht; sie können es allerdings nur im Betrieb selbst ausüben. Der kranke oder beurlaubte jugendliche Arbeitnehmer kann z.B. nicht brieflich seine Stimme abgeben.

Wenn die Arbeiterjugend über 18 Jahre von ihrem Wahlrecht Gebrauch macht und die freigewerkschaftliche Liste wählt, dann wird der Einfluss der Gewerkschaften und damit der der Belegschaft gegenüber dem Unternehmer gesteigert. Verstärkter Einfluss des Proletariats bedeutet stärkeren Schutz für den einzelnen Arbeitnehmer und damit auch die Möglichkeit stärkerer Wahrnehmung der Interessen der jugendlichen Arbeitnehmer. Also: Wahlberechtigte weibliche und männliche jugendliche Arbeiter und Angestellte, übt euer Betriebswahlrecht aus! Wählt nur freigewerkschaftliche Betriebsvertreter!

SPD. Aus Tabakarbeiterkreisen wird uns geschrieben: Die Fa. Lindau & Winterfeld besitzt in allen grösseren Städten Deutschlands zahlreiche Zigarren-geschäfte. Nachdem sie Anfang 1929 ihren letzten Produktionsbetrieb in Halberstadt stillgelegt und damit rücksichtslos über 100 Arbeiter brotlos gemacht hat, handelt sie nur noch mit fertigen Fabrikaten. Dessen ungeachtet betreibt jedoch die Firma in ihren Dresdener Zigarrengeschäften, und aller Wahrscheinlichkeit nach auch in ihren übrigen Zweiggeschäften folgende Geschäftsreklame: "Endlich ein linder Wind durch die neuen Lindwind-Zigarren aus allergrösster Produktion unter direktem Rohtabak-Einkauf. Daher besonders preiswert und gut!" Diese Geschäftsreklame erweckt zweifellos den Anschein, als ob die Firma nur eigene Fabrikate verkauft. Die Fa. Lindau & Winterfeld scheut demnach nicht einmal eine offensichtliche Täuschung ihrer Kundschaft, wenn es gilt, ihren gewiss ohnehin nicht geringen Profit noch zu steigern!

SPD. Der Kampf um die Polizeistunde hat von neuem die Öffentlichkeit auf die Lage der Gastwirtsgehilfen aufmerksam gemacht. Besonderes Interesse beansprucht daher eine soeben vor dem zweiten Vorsitzenden des Zentralverbandes der Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten Richter herausgegebene Abhandlung über "Die Arbeitsverhältnisse in den Gast- und Schankwirtschaften nach den Berichten der deutschen Gewerbeaufsichtsbeamten für das Jahr 1928." Die Berichte dieses Jahres befassen sich auf Grund einer Anregung des Reichsarbeitsministeriums besonders eingehend mit der Lage des Gastwirtspersonals, und sie sind deshalb besonders beachtenswert, weil das Reichsarbeitsministerium die Absicht hat, das Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe teilweise nicht unter die Bestimmungen des kommenden Arbeitsschutzgesetzes zu stellen, sondern seine Arbeitsverhältnisse, insbesondere die der weiblichen und jugendlichen Teilnehmer durch eine besondere Verordnung zu regeln. Dieser Plan entspricht nicht den Wünschen der freigewerkschaftlichen gastwirtschaftlichen Arbeitnehmerschaft und er begegnet auch in weiten Kreisen der christlich und demokratisch organisierten Gastwirtsgehilfen lebhaften Bedenken. Die Kernstückem der Berichterstattung beschäftigen sich mit der Arbeitszeit und den Ruhetagsfragen, sowie mit der gerade im Gastwirtsgewerbe besonders strittigen Arbeitsbereitschaftsfrage.

Schon ein flüchtiger Blick in die Feststellungen der Gewerbeaufsichtsberichte zeigt, dass die Arbeitsverhältnisse in den Gast- und Schankwirtschaften vor allem in den kleineren und mittleren Betrieben, ganz besonders auch in den Kur- und Fremdenheimen noch sehr im Argen liegen. Mit besonderem Nachdruck wird deshalb von Richter der in der Gaststättenfrage immer wieder erhobene Einwand, dass ein scharfer Arbeiterschutz für die Kleinbetriebe "nicht tragbar" sei, aufs schärfste zurückgewiesen. Dieser Einwand, betont Richter, bestätige nur, dass in diesem Gewerbe besonders ungesunde Zustände herrschen, die vor allem durch die viel zu grosse und anscheinend noch immer wachsende Zahl der Unternehmungen hervorgerufen werden. Im Jahre 1926 sei in Preussen im Durchschnitt schon auf 277 Einwohnern eine Gast- und Schankwirtschaft gekommen, und zwar in den Städten durchschnittlich auf 312 und auf dem Lande auf 243 Einwohner. Den übelsten Durchschnitt hätten die Provinz Hannover mit 232 und Hessen-Nassau mit 229 Einwohnern pro Gast- und Schankwirtschaft. Unter diesen Umständen könne natürlich eine Reihe von Unternehmungen nur dadurch sich über Wasser halten, dass jeder Arbeiterschutz missachtet werde. Auf solche Unternehmungen Rücksicht zu nehmen, sei völlig verkehrt; denn gerade in ihnen sei ein ausreichender Arbeiterschutz am nötigsten.

Wirtschaft Technik Handel

Italienische Wirtschaftskrise.

(Von einem besonderen Mitarbeiter.)

SPD. Locarno, Anfang März 1930.

Ausserhalb Italiens soll es Leute geben, die in dem Fascismus den Ausweg aus der Wirtschaftskrise sehen. Nun lässt sich nicht verkennen, dass auch das italienische Wirtschaftsleben von einer heftigen Wirtschaftskrise befallen ist. Aber man spricht dieser Krise für das fascistische Italien eine untergeordnete Bedeutung zu.

Der Fascismus selbst ist darüber ganz anderer Meinung. Er weiss besser als das Ausland, wodurch sich die italienischen Wirtschafts- und Arbeitsverhältnisse von denen der Länder mit bürgerlichen Freiheiten und Rechten unterscheiden. Die Wehrlosigkeit der Arbeiterschaft in Italien bringt es mit sich, dass sich die ganze Tragödie der Not unter der glatten Fläche der Ordnung abspielt. Man streift nicht. Man demonstriert nicht. Das hat grosse Annehmlichkeiten und dient der Fremdenindustrie. Das ist auch den Unternehmern angenehm, die die Lasten der Situation restlos auf die Arbeiter abwälzen können. Für die italienische Wirtschaft hat diese Methode jedoch den ungeheuren Nachteil, dass die Kapitalisten die Lösung der Wirtschaftskrise in einer Verstärkung der Ausfuhr suchen. Man will den italienischen Export mit Hilfe niedriger Löhne konkurrenzfähig machen. Man befolgt also, ohne Rücksicht auf den inneren Markt, hemmungslos schlechteste Methoden, die anderswo bereits Schiffbruch erlitten haben. Die Regierung macht natürlich mit. So sind in einer offiziellen Rede die Arbeiter aufgefordert worden, sich nicht nur die nordamerikanischen, sondern auch die japanischen Löhne anzuschauen, die Japan instand setzen, Italien von den auswärtigen Märkten zu verdrängen. Dieser Regierung, die eine solche Weisheit verzapft, fehlt natürlich jeglicher Überblick über die Lage und ihre Gefahren. Auch eine Folge der Knebelung der Demokratie.

Die italienischen Staatsfinanzen sind für die Augen der gewöhnlichen Sterblichen mit einem undurchdringlichen Schleier umgeben. Dass sie in hohem Masse unerfreulich sind, erfährt man aus dem langsamen, aber stetigen Sinken der Lira, die von der berühmten "Quote 90" (1 englisches Pfund = 90 Lire) heute schon auf fast 93 geklettert ist. Man hört auch beständige Klagen über Vermehrung des Steuerdrucks, obwohl die Steuerlast offiziell um 500 Millionen Lire verringert worden ist. Man hört davon, dass Amerika gewünschte Kredite verweigert hat. Die öffentlichen Arbeiten, auch die der Gemeinden, sind fast völlig eingestellt, weil die öffentlichen Kreditinstitute sie nicht länger finanzieren können. Auch die 750 Millionen Lire in bar, die der Papst als Frucht der Versöhnung mit Mussolini bei der Banca d'Italia einkassiert, kommen nur langsam ein. Das alles bezeichnet die finanzielle Lage. Bekannt ist auch die wachsende Anlage privaten Kapitals im Auslande, woran sich auch die Familie Mussolinis beteiligen soll. Das will allerhand besagen.

Dabei macht die völlige Benebelung der öffentlichen Meinung und das Fehlen eines Parlaments die Regierung gegenüber den Forderungen der Kapitalistengruppe wehrlos. Diese Kapitalistengruppen versehen den Fascismus als Partei so ausgiebig mit Geldmitteln, dass sie von dem Fascismus als Regierung immer mehr verlangen können. Dafür nur ein Beispiel: Ein einfaches Regierungsdekret setzte fest, dass den Eisenwerken der Gesellschaft Cogne Ansaldo an der französischen

Grenze als Subvention eine Summe von 56 Millionen Lire zugeführt wird. Die genannten Summen wurden im Jahre 1926 vom Staat als Darlehen gegeben. Bis heute haben die Bergwerke bei ihrem geringen Ertrag selbstverständlich diesen Kredit noch nicht zurückgezahlt, sondern neue Schulden gemacht. Die Regierung dekretiert nun, für die fraglichen 56 Millionen Lire Aktien der Gesellschaft zu erwerben und gleichzeitig Bürgschaft für eine neue Anleihe zu übernehmen. Gewiss eine sehr merkwürdige Finanzoperation. Sie wird damit begründet, dass der italienische Staat als Aktionär Interesse an dem Gedeihen der Cogne Ansaldo habe. In Wahrheit ist der Staat aber erst durch Ummwandlung des verlorenen Kredits in Aktien der Gesellschaft Aktionär geworden.

Keine Regierung ist gegenüber den Forderungen der kapitalistischen Kliquen so ohnmächtig wie die Diktatur. Bei der entscheidenden Vorherrschaft des Unternehmertums erweist es sich für den Fascismus als ein sehr mühseliges Geschäft, der Arbeiterschaft irgend einen Rückhalt gegen kapitalistische Übergriffe zu gewähren. Aus einem offiziellen Communiqué erfahren wir, dass im Jahre 1929 bei den durch den Fascismus an Stelle der Gewerbeberichte gesetzten "Versöhnungskommissionen" 30 000 Vertragsbrüche der Unternehmer angemeldet worden sind und zu Gunsten der Arbeiter 23 Millionen Lire an widerrechtlich einbehaltenen Löhnen ausbezahlt werden mussten. Wir erfahren weiter, dass diese Kommissionen überhaupt erst in 23 Provinzen bestehen. In 58 Provinzen sind sie im Entstehen begriffen. In den 9 restlichen Provinzen existiert überhaupt auf diesem Gebiet nichts. Also genau ein Viertel aller italienischen Provinzen haben Versöhnungskommissionen. In diesen Provinzen sind aber 30 000 Vertragsbrüche der Unternehmer zu verzeichnen. Das ist etwas viel. Durch ein Beispiel sei hier gezeigt, wie sich die friedliche Beilegung vor den Kommissionen abspielt. In Brioso in Oberitalien zahlt die Textilfirma Gebrüder Consonni eine auf Grund des Kollektivvertrages geschuldete Summe nicht aus. Die Sache kommt vor den Ausschuss des Arbeitersyndikats und des Unternehmerverbandes. Diese Instanzen geben den Arbeitern recht. Die Firma aber zahlt nicht. Das "intersyndikate Comité" unter Vorsitz des Sekretärs der fascistischen Partei befasst sich mit der Berufung und gibt den Arbeitern auch recht. Die Firma aber zahlt nicht. Nun werden die Gebrüder Consonni aus der fascistischen Partei ausgeschlossen. Sie überleben das - und zahlen nicht. Schliesslich hat sie die politische Behörde, nämlich der Präfekt, zum Zahlen gezwungen. Die wirklich kompetenten Instanzen, die Arbeiter selbst und das Gericht, sind während des, sich durch Jahre hinziehenden Streits nicht zu Wort gekommen. So etwas wird als Parteisache ausgetragen. Die Firma Bartesaglia in Inzago hat mehr Glück gehabt. Die von ihr beschäftigten Textilarbeiterinnen haben auf die ihnen zustehenden Löhne verzichtet und dann ein Dankschreiben an das Syndikat gerichtet, worin sie beglückt mitteilen, dass sie seit dem 1. Januar die tarifmässigen Löhne bekommen. Man denke, tarifmässige Löhne, die ihnen gesetzlich zustehen. Solche Glückspilze!

Angesichts dieser Zustände braucht man sich nicht zu wundern, wenn von Zeit zu Zeit eine Bombe platzt oder Arbeiter unter dem Ruf "Wir haben Hunger" auf den Strassen erscheinen, wie unlängst in Saronno vor den Toren Mailands.

SPD. Die Deutsche Bank und Bodenbank, die sich im Besitz des deutschen Reiches befindet und als eins der wichtigsten Organe der öffentlichen Wohnungswirtschaft anzusprechen ist, konnte auch im verflossenen Geschäftsjahr ihre kräftige Entwicklung fortsetzen. Die von der Bank gewährten Zwischenkredite steigerten sich von 119,5 auf 163,5 Millionen Mark. Der höchste Stand macht 179 Millionen Mark am 1. Dezember 1929 aus. Darüber hinaus lagen bei der Bank zum Ultimo Dezember 1929 rechtsverbindliche Zusagen in Höhe von rund 30 Millionen vor, auf die entsprechend dem Fortschreiten des Bautenstandes Zahlungen an die Darlehensnehmer geleistet werden.

Die Aufbringung der für diese Zwischenkredite erforderlichen Mittel ist de

Bank durch das Baukreditgesetz, das bis 1932 läuft, erheblich erleichtert worden. Durch dieses Gesetz wird der Reichsarbeitsminister ermächtigt, für Verpflichtungen der Deutschen Bau- und Bodenbank Bürgschaften bis zu 250 Millionen zu übernehmen. Mit Hilfe dieser Reichsbürgschaft sind der Bank neue Kreditquellen erschlossen worden, so dass der inländische Geldmarkt in wachsendem Umfang für die Geschäftsaufgaben der Bank in Anspruch genommen werden konnte. Die Zahl der Wohnungen, die mit Hilfe der Bank fertiggestellt wurden, steigerte sich von 40 000 Ende 1928 auf 56 000 Ende 1929.

Der Reingewinn hat sich von 3 Millionen auf 3,2 Millionen erhöht, woraus wiederum die bei gemeinnützigen Unternehmungen begrenzte Dividende von 5 % ausgeschüttet wird. 1,5 Millionen werden dem gesetzlichen Reservefonds überwiesen und weitere 200 000 Mark für eine Sonderrückstellung verwendet. Der Umsatz hat sich mit 5,2 Milliarden fast verdoppelt. Das Verhältnis der Unkosten zum Gesamtumsatz stellt sich wie im vergangenen Jahr auf 0,03 %.

SPD. Die Deutsche Werft erhöht ihren Betriebsgewinn von 1,32 auf 1,57 Millionen Mark. Die Abschreibungen sind um ungefähr 50 000 auf 660 000 Mark heraufgesetzt worden. Aus dem verbleibenden Reingewinn von 1,06 Millionen (733 000 Mark) wird eine Dividende von 8 % gezahlt. Die vorjährige Dividende betrug 6 %.

SPD. Der Krupp-Konzern führt augenblicklich weit vorgeschrittene Unterhandlungen wegen des Ankaufs eines grossen Fabrikgeländes in Lutterade in Holländisch-Limburg, wo er grosse Eisen- und Stahlfabriken zu errichten beabsichtigt.

SPD. Der Verein deutscher Ingenieure veranstaltete in Berlin eine Ferntagung Ost, an der Berlin, Breslau, Elbing, Frankfurt a.O., Hindenburg O/S und Königsberg teilnahmen. Die Tagung, die bereits eine Vorläuferin in Aachen gehabt hat, von wo aus man mit dem Haag, Wien und Budapest sprach, wurde in der Art durchgeführt, dass in Berlin ein Vortrag gehalten wurde, worauf die beteiligten Orte nacheinander das Wort zur Diskussion ergriffen. Bei diesen Ferntagungen handelt es sich nicht um eine Radiodarbietung, sondern es wurden von der Reichspost und den grossen Elektrizitätsfirmen u.a. behelfsmässige Kabelverbindungen zwischen den Vortragssälen der beteiligten Städte hergestellt. Die Säle selbst waren mit Mikrophon und Lautsprecher ausgerüstet. Die verwendeten Leitungen hatten eine Länge von 4800 Kilometern und 82 Verstärkern. Für die Leitung nach Königsberg wurde das neue Seekabel Leba-Pillau benutzt.

Die Darbietung glückte durchaus. Die Redner waren durchweg verständlich. Vortragender in Berlin war der bekannte Rationalisierungsmann Direktor O. Knoop; der über Erfolge und Misserfolge der Rationalisierung sprach. Knoops positive Einstellung zur Rationalisierung, auch zu den Arbeiterproblemen im Rahmen der Rationalisierung, ist bekannt. Die Diskussionsredner liessen - das gilt besonders für den Redner in Frankfurt a.O., - eine nötige Durcharbeitung des Problems vermissen. Der Sprecher in Breslau brachte eine Resignation zum Ausdruck, die weite Ingenieurkreise heute gegenüber der Rationalisierung erfassbar hat und die sich dadurch erklärt, wenn man, wie z.B. in Breslau, unter dem Deckmantel der Rationalisierung nichts anderes als Finanzoperationen durchführt, die bodenständige Industrien vernichtet.

Weiter ohne Stützung.

(Berliner Produktenbörse vom 8. März.)

SPD. Auch am Sonnabend lag der Berliner Produktenbörse wieder umfangreiche Angebot an Roggen vor. Da keine Stützungskäufe stattfanden, gingen die Preise für effektive Ware wiederum zurück. Am Markte der Zeitgeschäfte machten sich für den Mai bei der Eröffnung stärkere Preisverluste bemerkbar, die erst gegen Schluss etwas ausgeglichen werden konnten. Ganz im Gegensatz dazu war Weizen spärlich angeboten und fand rege Nachfrage sowohl bei den Berliner als auch bei den westdeutschen Mühlen. Am Markte der Zeitgeschäfte waren die Notierungen daher um 2 - 3 Mark höher und auch im Handel mit effektiver Ware waren Preiserhöhungen festzustellen. Am Mehlmarkte zeigte sich lediglich für feinere Weizenauzugsmehle Interesse; etwas höhere Preise erzielten auch geringere Sorten. Alle Roggenmehle waren dagegen vernachlässigt und fanden trotz ermässigter Forderungen keinen grösseren Absatz. Der Hafermarkt war, wie stets an Sonnabenden, sehr ruhig.

	7. März	8. März
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	231 - 234	233 - 236
Roggen	149 - 153	143 - 147
Braugerste	160 - 170	160 - 170
Futter- und Industrieroggen	140 - 150	140 - 150
Hafer	121 - 131	121 - 131
loco Mais Berlin	157 - 159	157 - 159
Weizenmehl	27,75-34,50	27,50-34,50
Roggenmehl	20,50-24,00	20,50-23,75
Weizenkleie	8,00- 8,50	8,00- 8,50
Roggenkleie	7,25- 7,75	7,25- 7,75

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März 246 plus Geld (Vortrag 244), Mai 256½-257½ (255), Juli 266-268 (264). Roggen März 162 plus Geld, Mai 166-167 (170), Juli 168½ (170). Hafer März 125, Mai 135½-135 (136½), Juli 141 (142½).

Buttermarkt.

SPD. Offizielle Feststellung der Berliner Butternotierungskommission vom 8. März: I. 148 Mark, II. 133 Mark, III. 117 Mark je Zentner. Tendenz sehr ruhig.

SPD. Die dem Reich nahestehende Emelka (Münchener Lichtspielkunst-A.-G.) veröffentlicht das Geschäftsergebnis für die Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni 1929. Die Zwischenbilanz wurde durch Verlegung des Geschäftsjahres notwendig. Für die genannte Zeit ergibt sich ein Verlust von 1,079 Millionen Mark. Die Entwicklung wird damit erklärt, dass die Berichtszeit in die Umstellung vom stummen Film zum Tonfilm falle, was den Absatz von stummen Filmen, besonders auch nach dem Ausland, stark behinderte. Durch den Vortrag von 117 000 Mark wird der Verlust auf 963 000 Mark verringert. Die Bilanzposten der Emelka haben sich wenig verändert.

Bei der Emelka-Theater A.-G. (früher Phoebus-Film A.-G.) ergibt sich ein Verlust von 382 000 Mark, wovon rund 15 000 Mark Gewinnvortrag abgehen.

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S + P + D

Berlin, den 8. März 1930.

Furcht.^x

Von A. Andreasen.

SPD. Herr Blom betrieb ein kleines, einträgliches Geschäft mit Katzen und Hunden, aber trotzdem empfand er das Leben als schwere Bürde. Ihn drückte eine verborgene Krankheit, die man seinem wohlgenährten und zufriedenen Aeusseren allerdings nicht ansehen konnte. Dieses Leiden verbitterte ihm Tage und raubte ihm die Nachtruhe. Ihn durchschauerte eine düstere Ahnung, dass er niemals graue Haare bekommen würde, und die Ursache dieser schweren Sorge war - sein Herz. Er wusste genau, dass es das Herz war. Es würde eines Tages ganz unerwartet und zu unpassender Zeit stehen bleiben - der Lebensfaden würde abreißen, gerade wenn er sich auf der Höhe des Lebens wähnte. Dann und wann konsultierte er einen berühmten Herzspezialisten: "Herr Professor - ich muss die volle grausame Wahrheit erfahren! Wie viele Jahre geben Sie mir noch?" Und der Professor antwortete mit einem Blick tiefsten Mitleides: "Mein guter Mann, wenn Sie es durchaus wissen wollen, dann höchstens noch ein Jahr!"

Während der Sommerferien hatte die Baroness von Bartens Herrn Blom die ehrenvolle Pflicht aufgebürdet, ihre Lieblingskatzen zu betreuen. Aber die tierliebende Dame hatte ihm die unerbittliche Bedingung gestellt, dass er nie und unter keinen Umständen die kostbaren Wesen ausserhalb seiner Reichweite kommen lassen dürfe. Dieser Umstand brachte den braven Herrn Blom in ernste Verlegenheit, als er wieder einmal den Leidensweg zu dem berühmten Herzspezialisten antreten musste.

Es blieb ihm nichts anderes übrig, als die Lieblingskatzen der Baroness von Bartens in einem Korb unterzubringen, den er in eine Ecke des Konsultationszimmers setzte. Die Untersuchung des berühmten Spezialisten dauerte diesmal nur zehn Minuten. Dann legte er sein Stethoskop von sich, indem er diskret lächelte: "Mein lieber Mann," sagte er, "Sie sind im Grunde stark wie ein Pferd, Ihre Angst ist absolut unbegründet - hätten Sie nur eine blasse Ahnung davon, wie viele Menschen zu mir kommen mit dieser sonderbaren Einbildung - in den meisten Fällen handelt es sich um Phantasie - Aberglauben, der genau so verbreitet ist wie Masern und Röteln. Wenn wir diese Krankheiten auch begrenzen können, so können wir doch dem Aberglauben und der Furcht nie zu Leibe rücken. Wenn Sie wüssten, was wir Aerzte...."

Die gewaltige Stimme des grossen Mannes sank plötzlich zu einem Flüstern herab. Dann glotzte er sprachlos.... Herr Blom, der seinen Blicken gefolgt war, sah, wie sich der Deckel des Korbes ein wenig verschob, ja - die Katzen der Baroness von Bartens steckten die Schnauzen und Augen neugierig heraus, um die unbekannte Welt zu betrachten. "Katzen! Katzen! Schwarze Katzen! Mann, machen Sie doch bloss in drei Teufels Namen, dass Sie herauskommen - um Gottes...."

Ausser Atem stammelte der grosse Herzspezialist diese Worte. Herr Blom nahm die Beine in die Hand - ein derartiges Tempo wäre einem kranken Herzen ganz gewiss nicht zuträglich gewesen - er setzte den Korb auf das Treppendeckel

"Ja - Sie werden schon entschuldigen", erklärte der Professor, als sein Patient wieder eintrat, "aber - Sie wissen - schwarze Katzen - es gibt Menschen - die - na - aber - ja, also schwarze Katzen - was ich doch noch sagen wollte - tja - hm - ja, wir waren wohl eigentlich fertig. Wie gesagt, was Ihr Herz be-

trifft, handelt es sich im Grunde um einen weitverbreiteten Aberglauben - eine durchaus unbegründete Furcht - nach Ihrer Gesamtkonstitution zu urteilen, können Sie noch manches Jahr leben."

Herr Blom nahm seinen Korb auf den Arm, und während er die Strasse entlang ging, umspielte ein Lächeln seinen Mund, während er nämlich an sich selbst dachte - und - an den Herrn Spezialisten.

Polarnacht. X

SPD. Seit dem Herbst hausen Juhani und Eero auf der einsamen Insel in der riesengrossen See. Tag für Tag, immer zu den gleichen Stunden, beobachten sie ihre Apparate, messen und schreiben und rechnen vom Aufstehen bis zum Schlafen gehen und füllen den rohen Tisch mit endlosen Tabellen, sodass sie oft nicht wissen, wohin sie ihre Kaffeetassen stellen sollen. Eintönig rieselt die Arbeit dahin, zerreibt die Nerven wie das Schuften am laufenden Band. Es gibt keine Erholung, keinen Ausflug; nur Holzhacken und Essenkochen geben ein paar Einschnitte in das ewige Einerlei. Ja, die strenge Arbeit in der Wissenschaft ist oft nicht unterhaltsamer als der endlos wiederholte Griff an der Maschine. Aber sie muss gemacht werden; Steinchen für Steinchen heisst es zusammentragen als Kuli, damit die grossen Baumeister dereinst daraus das stolze Gebäude des Wissens zimmern, das morgen schon wieder der Trümmerhaufen des Irrtums ist.

Für Juahni ist es nicht die erste Polarnacht, die auf ihm lastet. Er ist in diesem einsamen Lande der Sümpfe und Urwälder und unzählbaren Seen geboren; er liebt fast die knirschende Kälte und den schweigenden Schnee. Die Stürme der Dunkelheit stören ihn nicht in seinem festgefügtten Blockhaus. Noch vor fünfzig Jahren zogen seine Sippen mit ihren Renttierherden über die steinigten Berge. Sein Blut schwingt im Auf und Ab der Lebenswelle gemeinsam mit dem Wechsel der Jahreszeiten, die einander ablösen wie Wachen und Schlummer. Aber Eero stammt aus dem Süden, von den Schären des finischen Meerbusens. Er ist zwanzig Jahre jung; seine Seele ist noch nicht fest wie die Juhani's, den fünf- unddreissig eisklirrende Winter hart schmiedeten.

Kurz flammt der Herbst in Lappland auf mit den buntesten Farben der Welt. Ein paar Tage nur, dann rieselt und stiebt und fegt der erste Schnee, es heult in den Wäldern, der See brüllt wie ein wildes Tier, bis ihn der Frost in Ketten legt. Dann kommt die Dunkelheit, da keine Sonne schimmert. Nur der Mond geistert durchs Gewölk, aber an vielen Stunden der monatelangen Nacht zaubert das Wunder des Nordlichts unfassbar bunte Märchen ans Firmament. Hoch oben am Himmel tanzen die Seelen der ruhelosen Toten ihren Reigen.

Bis Weihnachten merkte man nichts besonderes an Eero. Er tat gleichmässig seine Arbeit wie Juhani. Nur an den schlimmen Tagen, wenn die Stürme vom nahen Polarmeer über die Erde donnerten und aus den Wäldern das Stürzen der Stämme wie Kanonenschüsse klang, wenn die Wolken zum Greifen nahe über das Blockhaus galoppierten, dass die baumdicken Wände wie Saiten zitterten, dann wurde er still und gedrückt, gereizt und müde.

Das verging wieder. Doch am Weihnachtsabend, beim starken, heissen Kaffee, als man die seit Monaten wohl verwahrten Pakete öffnete, die man schon auf die Reise mitgenommen hatte, Geschenke der Angehörigen zuhause, da fing Eero plötzlich an, ein paar mal zu schlucken. Er weinte still in sich hinein, wenige Sekunden nur, und Juhani tat, als merkte er nichts. Er wollte den jüngeren nicht beschämen. Aber seit diesem Tage war Eero wie verwandelt. Sein Blick war böse und hinterlistig, seine Sprache mürrisch; er wurde immer gleich beleidigt und heftig.

Mitte Januar fand Juhani am Thermometerhäuschen auf der Hügelkuppe das ze:

rissene Bild eines Mädchens, das Bild von Eeros Freundin. Er trat es mit seinen Pelzschuhen tief in den Schnee, damit es unwiederbringlich verschwunden war. Ero war gleichmässig mürrisch wie zuvor.

Vier Wochen später erfolgt der Ausbruch. Es ist kurz vor Beginn der Zeit, in der die Sonne wieder am Horizont entlang schleicht, der Reisezeit, wo die flinken Renntierschlitten durch die Wälder fliegen und die Menschen anfangen, wie die Bären aus dem Winterschlaf zu erwachen.

Eero hat Küchendienst. Er hantiert geräuschvoll und heftig am Kamin, dass die Funken herumspritzen. Die Tassen klirren, aus der Kanne schwappt Kaffee zischend in die Flammen -- da packt den Jungen die Verrücktheit. Er greift, was er zu fassen kriegt, Geschirr und Lebensmittel, einen Pelzmantel, einen Stiefel, und schleudert alles mit gemeinen Flüchen in die aufqualmende Glut.

Erschrocken fährt Juhani herum. Er sieht und weiss, dass der Wahnsinn der Polarnacht seinen Gefährten in den Krallen hat. Juhani springt hoch, die Tabellen flattern zur Erde, Ero stürzt auf ihn zu und greift nach seiner Kehle. Wortlos ringen sie, erbittert, Juhani in dem Bewusstsein, dass die Niederlage den Tod bedeutet, der andere in der Verbissenheit des Irrsinns.

Juhani hat später nicht mehr gewusst, wie lange der Kampf gedauert hat. Er erinnert sich nur, dass Eeros Kopf auf die Kante der Schlafpritsche aufschlägt und der wilde Junge zusammensackt wie ein leerer Beutel. Juhani bindet seinen Gefährten, kühlt den geschwellenen Schädel und macht den Geistesgestörten auf den Schlafbrettern fest. Jetzt ist keine Zeit zu verlieren. Juhani muss sofort über den gefrorenen See nach der nächsten Siedlung eilen, die nur sechzig Kilometer entfernt ist, muss den Doktor holen und Leute, die Ero fortbringen. Zunächst isst er, so ruhig er vermag. Ein schwerer Marsch liegt vor ihm nach dem bitteren Ringen, ein Marsch, den kein hungriger Mann aushält. Er trinkt einen giftstarken Kaffee, steckt Speck und Brot und gefrorenen Fisch ein und zieht sich an. Dann hängt er die Flinte um, steckt einen schweren Revolver ein, schnallt die Schneeschuhe an und gleitet in die Nacht hinaus.

Der beinahe volle Mond steht hoch am Himmel. Glatt liegt die schneebedeckte gefrorene Fläche. Die Inseln ragen aus ihr empor wie schwarze Burgen. Leise ächzend schlürfen die Bretter über die glitzernde Bahn. Ein kräftiger Wind weht von Nordost und treibt in der Fahrtrichtung. Nach noch nicht sechs Stunden hämmert ein verschwitzter, müder Mann an die vereisten Fensterläden des Doktorhauses. Eine knappe Stunde später huschen zwei Pulkas, kurze, bootsförmige, einkufige Schlitten in den Spuren der Schneeschuhe zurück. Der Schnee zischt und stäubt, das knackende Geräusch der wirbelnden Renntierläufe bricht in die gespensterhaft stille Nacht.

Die Schlitten biegen um die Ecke der letzten Insel vor dem Blockhause. Noch ein Kilometer Fahrt liegt vor ihnen. Da ertönen aus der Ferne kurz hintereinander zwei Schüsse. Juhani wird es heiss und kalt zugleich. Der Doktor, der voranfährt, wendet sich fragend um. Juhani spricht nichts. Sie stossen den Renntieren die langen Stöcke in die Keulen. Die Tieren fliegen beinahe über die ebene Bahn.

Wieder knallt es weit, diesmal vier Schüsse, aber von anderem Klange. Pistolenschüsse. Vorhin hatte eine Flinte gesprochen.

Endlich vor der Hütte. Die Renntiere werden gebremst, die Männer stürzen aus den Pulkas, noch im Laufen schälen sie sich die Pelzdecken vom Leibe. Sie brechen in die Hütte. Die Hütte ist leer. Ero ist fort. Es ist unerklärlich, wie er sich losgemacht hat, aber er hat sich losgemacht. Und mit Ero fehlen die zweite Flinte und die Coltpistole. Juhani und der Doktor sind sehr blass. Sie sehen sich nicht an, während sie sprechen. Sie werden suchen. Aber erst werden sie essen. Wer weiss, wie lange sie suchen müssen!

Es hat keinen Zweck, die Schlitten zu benutzen. Vom Schlitten aus können sie nicht die Spuren verfolgen. Noch eine letzte Tasse Kaffee. Dann zwischen wieder die Skier über den Schnee. Zwei Kienfackeln flackern und rauchen. Es ist ganz dunkel. Der Mond ist versunken in schwarzen, jagenden Wolken. Durch

die Wälder brüllt der Sturm.

Nach einer Stunde ertönt ein Heulen, hohl und hoch, ein Jaulen, das nicht vom Winde kommt. Die Männer keuchen. Es dröhnt in ihren Ohren wie Glockenläuten. Von Zeit zu Zeit vernehmen sie einen Knall; aber er kommt nicht von einem Schuss; Bäume sind gestürzt. Sie biegen um die Ecke der letzten steilen Klippe. Vor ihnen breitet sich endlos die Fläche des weiten, vereisten Seebeckens. Geradeaus führt die Spur. Wieder heult es, dicht vor ihnen. Schatten buschen, grüne Lichter glimmen den Schein der Fackeln zurück. Beinahe stolpern die Männer über zwei zerfetzte Wolfskadaver vor ihren Füßen. Und dann finden sie das, was von Eero übrig geblieben ist. Selbst der Schaft der Flinte ist von den hungrigen Kiefern der Wölfe zermalmt. Es ist nicht viel, was in den Pelzrock Juhanis eingesammelt wird. An einer Leine ziehen die Männer das Bündel hinter sich her. Hinter der schwarzen Klippe verschwinden die Fackeln. Der Sturm trompetet durch die Wälder. Graue Schatten buschen zu den ersten der Mahlzeit zurück.....

Curt Biging.

Gegenseitige Hilfe in der Natur. x

SPD. Zu den neuesten Erkenntnissen der Lebenskunde gehört es, dass ganz allgemein dem bekannten gegenseitigen Kampf ums Dasein eine "gegenseitige Hilfe" - wenigstens im Tierreich - gegenübersteht. Es hat sich gezeigt, dass krank Tiere von anderen gepflegt, blinde dauernd gefüttert werden, dass überall im Tierreich jeder Funken von Intelligenz dazu benützt wird, die natürlich Ungleichheit zu vermindern und dadurch der Ausmerzungen der weniger Tüchtigen so entgegenzuarbeiten, wie das auch der primitive Mensch mit Geschlechtergilden, Sippen, Blutsfreundschaft, der mittelalterliche durch Werke der Barmherzigkeit, durch Zünfte und Gilden, der moderne durch Staatsgefühl und sozialen Gemeinsinn übt. Der Kampf ist auch unter den Pflanzen die Ausnahme; die Anpassung, Vereinigung, die gegenseitige Hilfe ist die Regel. Nicht nur untrennbare Gemeinschaften entstehen dadurch gleich den Flechten, die aus Pilz und Algen bestehen, sondern die einen unterstützen auch ganz in freier Existenz die anderen, von denen sie neben manchem Uebel auch wieder Vorteile empfangen. Ein derartiges Verhältnis besteht z.B. zwischen den Bäumen und den Moosen. Die Bäume rauben durch ihr Laub den Moosen zwar das Licht; dem passen sich jene an und lernen es ertragen. Aber sie empfangen von den Bäumen auch den ihnen köstlichen Schutz vor der prallen Sonne und sind dadurch vor dem Vertrocknen geschützt; sie selbst gewähren wieder den Bäumen einen Wasservorrat in ihrem Rasen, ohne den kein Wald auf die Dauer bestehen kann. Moose und Bäume kämpfen also nicht gegeneinander, sondern unterstützen sich.

Wo irgendwelche Pflanzen in dichtem Verein durcheinander stehen, wird man wieder die Situation verwirklicht finden, dass Blätter sich nicht gegenseitig unterdrücken, sondern "Mosaik" bilden, nicht nur unter sich, sondern auch Art gegen Art. Das Verhältnis an einer solchen Hecke oder an einem Bachesrand liegt nun nicht etwa derart, dass z.B. zwischen den grossen plumphen Blättern der Ampferarten oder Pestwurzeln, das feine Laubwerk der Milzkräuter oder das noch feinere der Geranien und Hundspetersilien zuerst alle möglichen anderen Formen versucht, bis nach und nach alles ausgemerzt wird, was nicht Licht genug erhält, - ganz im Gegenteil: die Pflanzen weichen solchen Kämpfen um den Lichtraum aus, indem sie entweder als Spreizenklammer, wie es eben die Geranien oder die Mieren sind, sich aus dem Gewirr sie verdunkelnder Blätter herausheben oder nach Art der Walderbsen durch Ranken zum Lichte klettern oder mit besonderer Vorliebe ihre Blattstiele von Fall zu Fall so verlängern, dass jedes Blatt doch zu seinem Rechte kommt, oder, schliesslich wie es der Efeu liebt, nach Bedarf die

Blattgestalt aktiv ändern. Oben im Lichte hat der Efeu zugespitzte eiförmige Blätter, unten im Schatten treibt er die bekannten dreilappigen. Man untersuche nur einmal einen Waldrand daraufhin, wie die Einzelpflanzen durch verschiedenen Wuchs die Ungunst der Lichtverhältnisse auszugleichen verstehen. Nicht Kampf, sondern Anpassung mit ihren Helferinnen, besonderen Organen, zweckmässige Handlungen beherrschen die Natur, und Kampf ist erst das Letzte, wenn alles andere versagt hat.

R. Francé.

Frühlingsbriefe.^x

Der Liebhaber.

SPD. sende ich Dir, liebe Lu, ein paar bescheidene Veilchen, deren Duft Dich an das Versprechen erinnern möge, das Du mir im vorigen Frühjahr gegeben hast, und auf dessen Erfüllung ich noch immer sehnsüchtig warte. Ich schlage vor, dass wir nächsten Sonntag nach Grünau hinausfahren, Du weisst, warum.....

Herr Meyer.

.....und beginnt, wie Sie wissen, jetzt die flauere Zeit in der Möbelbranche, und lege ich grössten Wert darauf, dass meine Vertreter sich doppelt und dreifach anstrengen, meine Ware abzusetzen. Sehen Sie zu, was Sie machen können, meine wegen nehmen Sie Akzente in Zahlung, ich habe zu Ultimo schwere Verpflichtungen

Der Globetrotter.

.....hier an der Riviere ist es natürlich wie immer belämmert, selbst eine moderne Menschen wie mir fällt schliesslich mal das ewige Jazzgedudel auf die Nerven. Vergiss nicht, mein Süsses, ein paar Flaschen Coty beizupacken.....

Der Backfisch.

.....er heisst Egon Heinz und geht schon in Prima. Gestern hat er mir Hustenbonbons mitgebracht, liebe Erna, ich habe mir bald einen Ast gelacht, wo ich sonst immer bloss die anständigsten Sarottipralinen esse, aber ich habe die Hustenbonbons doch gegessen, er ist doch zu nett, er hat so einen entzückenden Augenaufschlag.....

Der Dichter.

.....und draussen, Angebetete, begibt sich das Wunder. Aus den braunen Stäben der Zweige entfaltet sich die Pracht des frischen Grüns, die Lieder erwachen in den Herzen der Menschen, die Lieder und die Liebe. So nimm denn aus meinem Herzen, das mit allen Herzen in gleichem Schlage schlägt, das folgende Lenzgedicht.....

Fritzchen.

.....ich bleibe dihs Jahr Bestimt hängen, aber Papa darf noch nichts davon wissen, es ist überhaupt eine Ungerechtigkeit, aber warte man, den Mathe=ticklehrer stecke ich den ganzen Stuhl voll Stecknadeln. Er wohnt parterre, ich spucke in seine Stube.....

Die Gattin.

.....hoffentlich ist Deine Geschäftsreise bald zu Ende. Ich habe nämlich verschiedenes Wichtiges mit Dir zu besprechen, es handelt sich nämlich um meine Frühjahrgarderobe, da sollst Du doch mit entscheiden. Uebrigens habe ich sie schon gekauft, silberblau das erste, madonnenblau das zweite und zartrouge das dritte. Paris schreibt das jetzt vor. Sie waren ja so billig, ein Gelegenheits=

kauf, alles zusammen einschliesslich Hüten und Schuhen bloss 680 Mark. Da ist das silbergraue und ein Paar Krokodilschuhe allerdings noch nicht dabei. Indem ich Dir gutes Geschäft wünsche.....

Der Musikant.

.....bitte ich Sie, verehrter Verlagsdirektor, mit sofort einmal die Salons-orchesterausgabe von Hildachs "Der Lenz ist da" zu schicken, zu den bekannten Bedingungen.....

Ede.

.....die Vilenbesitzer machen bei den schönen Wetter immer Autoausflüge, und die Dienstbohten busiren in der Gejend rum, da beginnt für unsereinem das Gescheft. Löbenstein macht morgen nach Italien, und Kix hat sich mit den Dinstmätchen verabretet, da haben wihr knorke Bahn frei den Tichtigen. Ich bringe mei neuen Dittrich mit, den wo ich auf die Pollizeiausstellunk geklaut habe....

Kurt Mäethke.

SPD. Die Kohlenvorräte der Erde.^x Die heutige Weltwirtschaft ist ohne Kohle undenkbar. Daher ist die Frage ausserordentlich interessant, wie lange wohl die Kohlenvorräte der Erde noch reichen werden. Denn wenn alle Kohlenlager ausgebeutet und erschöpft sind, bleiben nur zwei Möglichkeiten: entweder ist bis dahin ein neuer Brenn- und Krafterzeugungstoff entdeckt oder erfunden worden, oder die Menschheit geht zugrunde. Die Veröffentlichungen des Ingenieur Friedrich Brock geben eine klare Uebersicht über die Kohlenvorräte der einzelne Länder und enthalten interessante Berechnungen über die Dauer bis zur Aufzehrung der Vorräte unter der Annahme einer jährlich im gegenwärtigen Ausmasse gleichbleibenden Förderung. Oesterreich hat danach bei einer Jahresförderung von 3 Millionen Tonnen schon nach 114 Jahren seinen Kohlenschatz verbraucht. Noch schlechter ergoht es Ungarn, das schon in 100 Jahren das letzte Stäubchen Kohle fördert. Die Tschechoslowakei kommt 550 Jahre aus, und Deutschland mit einer Förderung von 263 Millionen Tonnen im Jahre kann noch 1450 Jahre lang Kohlenbergbau treiben. England ist in der Lage noch 650 Jahre lang alljährlich 292 Millionen Tonnen Kohle zu fördern. Frankreich, wo 58 Millionen Tonnen im Jahre ans Tageslicht gebracht werden, ist für 860 Jahre versorgt, Polen mit 8 Millionen Tonnen jährlich für 2900 Jahre, und die Vereinigten Staaten, die nicht weniger als 684 Millionen Tonnen Kohle als Jahresproduktion registrieren, können noch 5300 Jahre auskommen. Wenn Kanada bei der Jahresproduktion von 20 Millionen Tonnen stehen bleibt, so reichen seine Vorräte sogar noch 60 000 Jahre lang. Im Laufe der Zeit werden sich diese Verhältnisse aber verschieben, denn je grösser die Zahl der leergeschürften Kohlenlager sein wird, um so stärker werden die noch lieferungsfähigen Plätte beansprucht werden.

SPD. Gedankenassoziation.^x Der Gutsbesitzer fährt in die Stadt. Hat aber vergessen, was er besorgen wollte. Setzt sich in ein Restaurant und isst sinnend zu Mittag. Das Gemüse wird in einer sehr unsauberen Schüssel gereicht. "Richtig!" sagt erleichtert der Gast. "Jetzt weiss ich es wieder! Zinkjauchenfass wollte ich besorgen.....!"

Der Leuchtturm.

Roman von Paul Reboux.

Deutsche Rechte: Rembrandt-Verlag, Berlin = Zehlendorf.

14)

SPD. Diese Gedanken, die Brenellec mühselig durchdachte, flössen ihm Furcht ein. Unter dem Einfluss der niederschmetternden Einsamkeit hatte er Angst vor dem Toten, vor dieser trügerischen Erscheinung, vor dieser Form, daraus die Seele entwichen war, um unbekannt, vielleicht sogar feindlichen Gewalten Platz zu machen. Er empfand jene schmerzliche Beklemmung, wie man sie einem Freunde gegenüber empfindet, den man plötzlich als Bundesgenossen einer feindlichen Kraft erkennt.

In der Nacht wurde sein Unbehagen noch grösser. Einen Augenblick meinte er sogar, man rufe ihn von unten. Nein, Douellou rührte sich nicht. Eine zum Nachtlicht heruntergeschraubte Lampe beleuchtete den mit einem weissen Handtuch bedeckten Nachttisch und modellierte die friedlichen Züge des Toten im Schatten des Alkovens. Auf dem Tischchen stand statt des Weihwassers, wie der Brauch es wollte, etwas Süsswasser, mit etwas Salz. Brenellec kniete vor dem Bette nieder, stammelte ein Ave und nahm seinen Dienst wieder auf.

Oben überdachte er die Lage. Nach dem Kalender musste er in acht Tagen verproviantiert werden. Nachts würde er Wache halten. Er könnte also aushalten, auch wenn kein Schiff vorbeikäme, dem er die Nachricht würde mitgeben können.

Aber der Leichnam? In dieser feuchten Zeit würde er nur zu bald zerfallen. Wie sollte er ihn ohne Sarg konservieren? Sollte er die in diesen Fällen geltende Seemannsregel befolgen: den Toten in einen Sack nähen und ihn mit Gewicht beschwert ins Meer senken, wie er es so oft gesehen hatte? Aber den armen Douellou so einzuzwängen und den Wellen hinzuwerfen, wäre genau so abscheulich wie ein Mord!... Abgesehen von einigen Stunden tiefen Schlafes verbrachte Brenellec den ganzen nächsten Tag auf der Terrasse. Nichts, nicht einmal ein Schifferboot; die Dampfer waren zu weit, um Signal zu geben.

Dann kam die Nacht, eine unheimliche Nacht, in der der Mond schien und zwischen die fliehenden Wolken zuckende Silberstreifen schoss.... Obwohl sieh bereits ein wachsender Geruch bemerkbar machte - wegen des zunehmenden Windes mussten alle Fenster geschlossen bleiben - konnte Brenellec noch zu keinem Entschlusse kommen.

Am übernächsten Morgen, während er die Hähne putzte und den Petroleumverbrauch berechnete, zögerte er immer noch. Während dieser zweiten Nacht hatte sich das Gesicht des Toten etwas verändert. Ueber dem Munde war der Bart nachgewachsen. Der Ausdruck war nicht mehr abgeklärt. Alles fiel zusammen. Die bleichen Lippen und der gebräunte Teint glichen einer Maske aus Ton mit einem künstlichen Bart.

Plötzlich geschah etwas Erschütterndes. Ein langes Gurgeln durchlief die Eingeweide der Leiche. Zweifellos arbeiteten irgendwelche Gase. Brenellec musste sich verstört gegen einen Stuhl lehnen, denn seine Beine verweigerten ihm den Dienst.

Er musste Douellou unbedingt bestatten.

Der einsame Matrose machte sich daran, den Sarg zu nähen. Dann entnahm er dem Magazin eine starke Kette und befestigte daran eine grosse Fliese, die zur Neupflasterung des Landungsplatzes bestimmt war. Das würde er festmachen und dann alles von den Felsen im Südosten hinabstürzen, wo die Klippe über einer grossen Tiefe steil abfällt....

Als Brenellec bei Ebbe den Platz aussuchte, dachte er: Armer Douellou! Wie so viele andere musste er sich also auf den Weg nach geheimnisvollen Tiefen aufmachen; sein immer langsamer werdender Sturz würde ihn in jene Ge-

biete führen, darin die Sonne einem beweglichen graugrünen Schimmer gleich und von grünlicher Nacht verlöscht, trübe wird. Aber Haie würden ihn in Fetzen reissen und Krabben von seinem Fleische zehren. Und er, Brenellec, würde schuld daran sein?....

Nein!

Als er wieder den Turm betrat, benahm ihm jedoch ein entsetzlicher Geruch den Atem. Schon!....

Es war eine qualvolle und traurige Arbeit, den Toten in das Futteral zu tun. Der Sack war etwas eng. Die Glieder mussten mit Gewalt hineingesteckt werden, und diese gegen eine Leiche ausgeübte Gewalt glich einer Schändung.

Aber als der Augenblick des Hinunterbringens nahte, sah Brenellec sich ernsthaften Schwierigkeiten gegenüber. Seine alten, ungeschickten Arme konnten eine solche Last nicht heben. Hinter sich herziehen? Das wäre gar zu respektlos gewesen: der Kopf könnte gegen die Stufen schlagen. Ihn mit Hilfe einer Winde an Stricken aus dem Fenster lassen? Zu umständlich....

Er beschloss ihn mit aller Vorsicht über die Treppe hinunterzuschaffen.

Diese Arbeit dauerte fast eine Stunde. Er hielt den Toten mit beiden Armen umfasst; er fühlte seine Glieder gegen seinen Körper und roch den Geruch, der durch den dicken Stoff drang. Alle zehn Stufen musste er absetzen und Atem holen. Die letzte Etappe war am schlimmsten. Er verlor sogar die Empfindung für das, was er tat, konnte nicht mehr an sich halten und fluchte und schimpfte, während er seine Last über die schlüpfrigen Felsen mit der gleichen Mühe schaffte, mit der eine Ameise eine um vieles grössere Larve trägt.

Endlich erreichte er den Rand. Er wischte sich die Stirn ab und dachte daran, dass keine Andächtigen da seien und er nicht das Totengebet lesen könne. Er würde eben seinen Rosenkranz sagen. Gott wäre vielleicht auch damit zufrieden, und Douellous Seele ginge wenigstens nicht ganz ohne Gebet von hinnen.

Es war fünf Uhr. Der Tag nahm schön eine zartgoldene Färbung an. Eine bläuliche, flockige Wolke verbarg die Sonne, die ihr Lichtfransen ansetzte. Hervordringende Strahlen streiften das Meer am Horizont mit zitternden goldenen Linien. Brenellec stand entblössten Hauptes neben dem Sack aus Leinen und betete.

Leb wohl....Der Herr schenke dir Frieden...Im Namen des Sohnes, des Vaters und des Heiligen Geistes....

Aber als er den Leichnam hinabstossen hatte und dieser mit lautem Aufschlag versank, fand er sich noch einsamer. Er hatte Angst, wenn er den Leuchtturm ansah, den Teufelsfelsen, den er unter den Füßen hatte, und die Wellen... Und er zitterte bei dem Gedanken, was die unsichtbaren Kräfte alles gegen ein armes Wesen wie ihn vermögen.

Trotzdem musste er die Lampe anzünden und etwas essen.

Während der Wache ging er auf die Terrasse hinaus. Die frische Nacht reinigte sein Gehirn. Schweigsam erfüllte sie ihn mit ihrer Ruhe. Er ging wieder hinein. Im Dienstzimmer sa er sich die Register an, sah, dass die Eintragungen seit zwei Tagen vernachlässigt worden waren, und liess sich von seinen Berufspflichten ganz in Anspruch nehmen. Dreissig nach strengen Regeln verbrachte Jahre hatten seinem Leben ein dauerhaftes Gepräge gegeben, das sich allmählich wieder durchsetzte. Was noch alles zu putzen war! Und was für Eintragungen zur machen waren! Und die Abrechnungen über das verbrauchte Petroleum, die er aus dem Kopfe rekonstruieren musste!

(Fortsetzung folgt.)

Deutscher Reichstag

137. Sitzung vom 8. März 1930.

SPD: Die 2. Beratung der Younggesetze wird fortgesetzt.

Abg. Bang (Dn.) Mit dem Rücktritt Schachts ist der letzte Schleier von den Dingen gezogen. Der gestrige Tag bedeutet nicht nur einen Kurssturz an der Börse, sondern auch den Kurssturz der Regierungspolitik. Wir sind nicht politisch an Herrn Schacht interessiert, aber seine Entwicklung ist typisch für die jetzige politische Methode. Seit er nach den Pariser Verhandlungen offen seine Meinung über den Youngplan gesagt hat, hat er es gründlich mit allen Sozialsfahrern, Poincarés verdorben. Mit dem Rücktritt Schachts ist der Rücktritt Vögeler bei den Pariser Verhandlungen als berechtigt anerkannt worden. Wir bedauern nur, dass Schacht nicht schon in Paris zurückgetreten ist. (Rufe links: Wir auch!) Wenn jetzt der von Schacht vernichtende Young-Tributplan angenommen wird, dann tritt zur Lüge von der deutschen Kriegsschuld eine echte deutsche Friedensschuld. Der Rücktritt Schachts bestätigt unsere Auffassung, dass nunmehr die deutsche Reichsbank kaum mehr sein wird als ein Appendix der Internationalen Tributbank. Der Tributplan bedeutet die Legalisierung der Ausschächtung der deutschen Wirtschaft. Sobald das Ausland das Interesse an deutscher Substanz verliert, ist der Zusammenbruch da in Form der Young-Krise. Die sogenannten Schutzbestimmungen werden sich dann als reiner Hohn erweisen, denn sie schützen nicht die deutsche Währung, sondern die der andern.

Abg. Jadasch (Komm.) wendet sich bei der Besprechung des deutsch-polnischen Liquidationsabkommens gegen die Art der Entschädigung der Liquidationsgeschädigten. Das Reich habe dabei Recht und Gesetz verletzt. Wenn jetzt die Geschädigten auf Grund des deutsch-polnischen Abkommens besser entschädigt werden, dann müsse auch den übrigen Geschädigten ihr Recht werden.

Abg. Dr. Schetter (Ztr.) hält den Kommunisten vor, dass sie sich niemals für die Liquidationsgeschädigten eingesetzt hätten, sondern nur für die Verdrängten und Gewaltgeschädigten. In der Liquidationsfrage hat nur Amerika das mit der Verletzung der Heiligkeit des Privateigentums begangene Unrecht gut gemacht, während die übrigen Mächte sich die unrechtmässigen Ansprüche durch hohe Leistungen Deutschlands abkaufen liessen. Bei den Haager Liquidations-Verhandlungen haben Egoismus und Machtbewusstsein unserer Gegner gesiegt über Moral und Rechtsbewusstsein. Das Ergebnis der Verhandlungen war für uns Enttäuschung auf der ganzen Linie. Besonders bitter war die Enttäuschung über die Haltung der englischen Arbeiterregierung, die unter Führung des Schatzkanzlers Snowden ihre Macht dahin ausnutzte, dass 90 % des in England liquidierten deutschen Eigentums für uns verloren ging. (hört! hört!) Einer Arbeiterregierung steht es merkwürdig an, mit rücksichtsloser Machtausnutzung eine Politik zu machen, die sich vollständig entfernt von dem Gedanken internationaler Völkerverständigung. Die deutsche Niederlage bei den Liquidationsverhandlungen beweist, dass mindestens in dieser Frage bei den Siegerstaaten noch immer die Macht über das Recht gesetzt wird.

Der Redner empfiehlt schliesslich eine Ausschuss-Entschliessung, in der die Regierung ersucht wird, die an dem für die Durchführung des Kriegsschadensschlussgesetzes in Aussicht genommenen Entschädigungskapital ersparten Beträge zugunsten der Liquidations- und Gewaltgeschädigten zu verwenden.

Abg. Dr. Schnee (D.Vp.) erklärt, er gehöre zu denjenigen Mitgliedern der Deutschen Volkspartei, die gegen die Liquidationsgesetze stimmen würden. Das deutsch-polnische Liquidationsabkommen biete für die schweren deutschen Opfer nicht einmal als Ausgleich die Garantie, dass nun die Liquidation weiteren deutschen Eigentums in Polen aufhört. Gerade jetzt sei eine neue Liste zu liquidierenden deutschen Grundbesitzes in Polen herausgekommen. Das australische

und neuseeländische Liquidationsabkommen sei besonders ungünstig und habe eine Bedeutung in moralischer Beziehung für die gesamte Kulturwelt. Die seit 1814 völkerrechtlich anerkannte Heiligkeit des Privateigentums sei dadurch in schliester Weise verletzt worden, und zwar mehrere Jahre nach Friedensschluss. Es handele sich um einen glatten Raub, den England hier im Verein mit seinen Dominien Australien und Russland begangen habe. Das würde eine tiefe Bitternis hinterlassen. Es sei leicht, wenn man einen Mann die Börse mit Gewalt genommen habe, hinterher zu sagen: "Sei wieder gut Freund!" Die durch Englands Gewaltpolitik hervorgerufene Erbitterung stört leider die Verständigung des deutschen und englischen Volkes, die im Interesse des Weltfriedens dringend notwendig sei. Bei der Übergabe der deutschen Kolonie Neuguinea an den australischen Kommandeur sei in einem rechtsgültigen, endgültigen Vertrag den deutschen Pflanzern ihr Eigentum garantiert worden. Diese feierliche Zusage sei lange nach Kriegsschluss von der australischen Regierung gebrochen worden und man habe den deutschen Pflanzern rechtswidrig ihr Eigentum geraubt. Sehr unbefriedigend sei auch die Erledigung der Ansprüche der Schutzgebietenanleiher-Gläubiger. Die deutsche Regierung werde hier die Bürgschaft übernehmen müssen. Reichsbankpräsident Schacht habe mit vollem Recht als deutscher Sachverständiger in Paris gefordert, dass Deutschland wieder Kolonien als eigene Rohstoffbasis erhalte.

Abg. Dr. Bredt (Wirt.Pt.) bemerkte dem Reichsfinanzminister gegenüber, er habe der Regierung nicht den Vorwurf des Schwindels gemacht.

Abg. Luft (Soz):

Unsere Stellungnahme zum Polenvertrag ist durch die Aufklärungen, die wir im Ausschuss erhalten haben, nicht erschüttert, sondern im Gegenteil noch verstärkt worden. Die hier vorgebrachten Gegenargumente mögen im einzelnen zutreffen, aber der Kernpunkt ist, dass zwischen dem Youngplan und dem Polenvertrag ein nicht zu unterbrechender Zusammenhang besteht, auch wenn er nicht juristisch festgelegt ist. Der Youngplan bestimmt, dass die Liquidationen deutschen Eigentums einzustellen sind, aber als Voraussetzung dafür fordert er, dass Deutschland auf alle noch bestehenden Privatforderungen an die liquidierenden Staaten verzichtet. Durch diesen Verzicht gegenüber Polen haben wir übrigens die Privatforderungen an Rumänien, die Tschechoslowakei und Portugal aufrecht erhalten können, sodass noch manches vom deutschen Vermögen zu retten sein wird. Der Polenvertrag ist der Schlussstein einer Entwicklungsreihe, und dieses Ergebnis wird für die Beziehungen der beiden Staaten und auch für die Stellung der deutschen Minderheit in Polen günstig sein. Ich halte es doch für unmöglich, dass die Regierungsparteien, die dem Youngplan zustimmen, den Polenvertrag davon trennen. Auch die Bürgerblockregierung, der die Deutschnationalen angehörten, hat ein ganz ähnliches Liquidationsabkommen angestrebt, welches die Liquidationen beendet, das Wiederkaufsrecht beseitigt und dadurch die deutsche Siedlung sichert. Je früher der Polenvertrag Gesetz wird, desto früher wird auch der unerträgliche Zustand beendet werden, der viele Tausende in den abgetretenen Gebieten gezwungen hat, Haus und Hof zu verlassen und sich einer unsicheren Zukunft auszuliefern. Dieses aufreizende und erbitternde Moment muss doch endlich verschwinden, es muss eine nationale Beruhigung eintreten. Es ist erfreulich, dass die polnische Regierung den bereits angeordneten neuen Liquidationen einen Riegel vorgeschoben hat. Wenn man sagt, dass durch die Agrarreform die Entdeutschung weitergetrieben werden wird, ebenso durch die Grenzzonenverordnung so steht dem gegenüber, dass diese beiden Methoden schwieriger und weniger aussichtsreich sind, denn sonst hätte man nicht die Entdeutschung mit Liquidation und Wiederkaufsrecht betrieben. Der klein- und mittelbäuerliche Besitz ist von der Agrarreform nicht bedroht. Er ist aber national viel wichtiger, als der Grossgrundbesitz. (Lebh. Zustimmung).

Gegen den Entdeutschungsprozess können wir nur im Völkerbund etwas ausrichten; durch die Ablehnung des Polenvertrages würde aber die Aussicht für uns, im

Völkerbund etwas zu erreichen, verschlechtert werden, umso mehr, da die Ratsmächte zugleich diejenigen sind, mit denen wir den Youngvertrag abschliessen. — Herr Jadasch hat auch den Polenvertrag als eine Vorbereitung für die Intervention gegen Sowjet-Russland bezeichnet. Aber das tun ja die Kommunisten mit allen Gesetzen und Massnahmen, die hier beschlossen werden. Die Kommunisten bekämpfen deshalb auch die deutschen Handelsverträge mit den Zwischenstaaten zwischen Deutschland und Russland. Auf der anderen Seite bejubeln sie jedes neue deutsch Handelsabkommen mit Russland, zu dessen Ausführung wir aber doch normale Beziehungen mit den Zwischenstaaten haben müssen. So ist auch dieses Polenabkommen von grossem Wert für die Wirtschaft des deutschen Ostens, die in der Gefahr schwebt, immer mehr abzugleiten. Den Protesten ostpreussischer Wirtschaftskammern sei nur der Hinweis der Königsberger Handelskammer entgegengehalten, die in jedem Jahre eindringlich betont hat, wie ausserordentlich stark der Zollkrieg die Wirtschaft Ostpreussens schädigt. (Hört! Hört! links) Bei drei Millionen Arbeitslosen können wir uns die Fortführung dieses 5jährigen Zollkriegs nicht leisten. Gerade aus Ostpreussen ist die Auswanderung von Arbeitern besonders stark. Der Abschluss des Polenvertrags wird die Möglichkeit schaffen, die ostpreussischen Arbeiter in der Heimat zu erhalten. Wir können die blutende Wunde im Osten nicht solange offen lassen, bis der Osten blutleer ist. Wir stimmen für den Polenvertrag im Interesse der ganzen deutschen Aussenpolitik und im Interesse des deutschen Ostens. (Lebh. anhaltender Beifall der Soz.)

Abg. Dr. Dernburg (Dem.) wendet sich zunächst gegen die Kritik, die von deutschnationaler Seite an seinen Ausführungen im Ausschuss geübt worden ist. Er habe auf eine Frage des Grafen Westarp, was unsere Kinder sagen würden, wenn sie nach 37 Jahren noch immer Tribut bezahlen sollen, geantwortet, dass es ihm durchaus unbillig schein, wenn die gegenwärtige Generation, die durch unermessliche Blut- und Geldopfer, durch Unterdrückung und Inflation gegangen sei, auch noch mit der Gesamtlast der Reparationen belastet werde. Nach allem, was wir durchgemacht hätten, schein es ihm unnötig, unseren Kindern ein Paradies zu hinterlassen. Diese Aeusserung unterstreiche er auch heute nochmals. Es handle sich hier nicht um eine staatspolitische Frage, sondern um eine Frage der Sittlichkeit. Der Redner unterstreicht dann die Ausführungen des Finanzministers, dass der Youngplan alle Sicherungen gegen eine neue Inflation enthalte. Dass sich die deutsche Währung in all diesen Drangjahren als zuverlässig erwiesen habe, sei nicht zum mindesten das Verdienst des Reichsbankpräsidenten Dr. Schach. Dieses Verdienst müsse in der Scheidestunde anerkannt werden. Der neue Reichsbankpräsident werde hoffentlich ein Fachmann internationalen Ansehens ohne politische Bindung oder Vergangenheit sein und das Wort beherzigen, dass, wie bei den Frauen, diejenigen die besten sind, von denen am wenigsten geredet wird, und die am wenigsten reden. Wichtig sei, dass die Reichsbank auch nach den Haager Beschlüssen unabhängig bleibe. Unzufriedener müsse man sein mit der Regelung, die die Reichsbahnfrage gefunden habe. Es werde noch vieler Nacharbeit bedürfen, damit die Interessen des Reiches entsprechend zur Geltung kommen. Zusammenfassend erklärt der Redner, dass die Problematik der Reparationen auch durch den Youngplan noch nicht gelöst sei. Weil sie aber einen Fortschritt in dem neuen Plan sehe, werde seine Partei im Gefühl der Verantwortlichkeit gegen das Volk, wenn auch mit gedämpftem Trommelklang, den Vorlagen zustimmen.

Während der Rede des Abg. Dernburg kommt es zu einem heftigen Zwischenfall. Als der Redner Vorwürfe der deutschnationalen Presse verliest, wonach die Linke die Geschäfte Frankreichs besorgt habe, wird dem von der Rechten zugestimmt, während auf der Linken stürmische Pfiurufe ertönen. Abg. Hünlich (Soz.) erhält wegen des Zurufs "Lump" einen Ordnungsruf, ebenso Abg. Dr. Quatz (Dnat), der heftig gegen diesen Zwischenruf protestiert. Als Abg. Dr. Quatz noch mehrmals durch lebhaftes Zwischenrufe in die Verhandlungen eingreift, wird er schliesslich vom Präsidenten Löbe nach einem dritten Ordnungsruf unter lebhaftem Pro-

test der Rechten und Beifall b.d. Soz. aus dem Saale gewiesen.

Abg. Stöhr (Nat. Soz.) bestreitet, dass die Gegner des Youngplanes den Dawesplan aufrechterhalten wollten. Der Dawesplan sei tatsächlich ein Produkt des Versailler Schanddiktaus. Wir erwarten vom Reichspräsidenten, dass er die unverzügliche Auflösung des Reichstags vollzieht, um dem deutschen Volk Gelegenheit zu Neuwahlen unter der Parole "Gegen die Young-Knechtschaft" zu geben.

Abg. v. Freytagh-Loringhoven (Dnat.) beantragt Vertagung um eine halbe Stunde, um in der Zwischenzeit die Minister zu veranlassen, im Saale zu erscheinen. Der Antrag wird abgelehnt. — Im gleichen Augenblick erscheint Reichsaussenminister Dr. Curtius unter lebhafter Heiterkeit im Saale.

Abg. Frhr. v. Freytagh-Loringhoven (Dnat.) wirft der Regierung Täuschung der Oeffentlichkeit vor. Es sei nicht zu bestreiten, dass die Tributforderungen auf der Kriegsschuldflüge aufgebaut sind und jetzt durch die Verknüpfung mit der Kriegsschulden der Alliierten an Amerika neu unterbraut werden. Kein urteilsfähiger Mensch in Deutschland glaube an die Erfüllbarkeit des Youngplans. Das Gerede von Revisionsmöglichkeiten beruhe auf grundlosem Optimismus. Im Namen der sechs Millionen, die dem Freiheitsgesetz zugestimmt hätten, im Namen aller nationalen Frauen und Männer beschwören die Deutschnationalen den Reichspräsidenten, von allen Rechten Gebrauch zu machen, die ihm die Verfassung gewähre: "Wir werden einen Antrag auf Aussetzung der Verkündung einbringen. Uebernimmt der Reichspräsident in dem Kampf die Führung, dann wird er der Befreier Deutschlands heissen."

Reichsaussenminister Dr. Curtius:

Der Reichskanzler wird sich beim Beginn der dritten Lesung mit den allgemeinen Methoden der Opposition auseinandersetzen. Ich will heute nur eingehen auf die Bemerkungen des deutschnationalen Abg. Bang über die Stellung der deutschen Reichsbank unter dem Youngplan. Vorweg muss ich bemerken, dass die Bestimmungen über die Einfügung der deutschen Reichsbank in die Internationale Bank und über die Stellung der deutschen Mitglieder des Direktoriums in vollem Einvernehmen mit der Reichsbankleitung, also auch mit dem Reichsbankpräsidenten vereinbart worden sind. Die Bestimmungen sagen, dass die Mitglieder des Direktoriums der Internationalen Bank nicht Staatsbeamte oder Parlamentsmitglieder ihrer Länder sein sollen. Daraus macht Abg. Bang, die deutschen Direktoriumsmitglieder würden daran gehindert, deutsche Interessen zu vertreten. Eine weitere Illustration dieser Kampfweise der Opposition liegt darin, dass Abg. Bang behauptete, der Reichsbankpräsident werde durch die Internationale Bank am Schutz der deutschen Währung gehindert. Tatsächlich wird ausdrücklich bestimmt, dass die Geschäfte der Internationalen Bank im Uebereinstimmung mit der Währungspolitik der einzelnen Zentralbanken geführt werden müssen, also auf der deutschen Reichsbank. Ich bedaure ausserordentlich, dass durch die Ausführungen des Abg. Bang eine Beunruhigung in die Oeffentlichkeit getragen wird, zu der kein Grund vorliegt.

Der Minister wendet sich dann gegen die Ausführungen des Abg. v. Freytagh-Loringhoven. Der Youngplan basiere in keiner Weise auf der Kriegsschuldbehauptung des Versailler Vertrages, einer Behauptung, die die jetzige Regierung ebenso wie ihre Vorgängerinnen immer zurückgewiesen habe. Im Youngplan sei ausdrücklich die Verpflichtung aller beteiligten Staaten festgestellt, die Kriegsstimmung zu beseitigen und den Geist der gegenseitigen Verständigung und des guten Willens zu pflegen. Die Behauptung des deutschnationalen Redners, dass der Youngplan Sanktionsmöglichkeiten gegen Deutschland enthalte, sei widerlegt durch den Text des Abkommens und des dazu geführten Notenwechsels. Wie sehr diese vom Abg. v. Freytagh-Loringhoven öffentlich im Hugenberg'schen "Tag" aufgestellte Behauptung den deutschen Interessen geschadet habe, ergebe sich aus dem nationalistischen französischen Blatt "Figaro". Der Minister verliest den Artikel des französischen Blattes. Darin wird aus dem "Tag" v. Freytaghs Auf-

satz zitiert und hinzugesetzt: "Das ist eine sehr bedeutungsvolle Interpretation, die dadurch besondere Wichtigkeit erhält, dass ihr Verfasser ein Professor des internationalen Rechts ist, der dem deutschen Reichstag angehört. Die Interpretation der deutschen Reichsregierung ist also durch die deutschen Juristen selbst als unhaltbar hingestellt." (lebh. hört! hört! - Rufe b. d. Reg. = Parteien).

Abg. Schlack (Ztr.) bespricht das Reichsbankgesetz und stimmt der Reichsratsforderung auf Beliebigkeit langfristiger Kommunal-Anleihen zu. Die Annahme des Youngplanes ohne gleichzeitige Sanierung der deutschen Finanzen sei ein Ding der Unmöglichkeit. (Sehr richtig! b. d. Wirtschaftsparteien). Ein Parlament, das ohne eine solche Sanierung die Entscheidung über den Youngplan fälle, würde selbst seinen Bankrott erklären und seine Existenzberechtigung verleugnen.

Abg. Sachsenberg (Wirt. Pt.) wendet sich gegen die Freitag-Rede des Reichsfinanzministers Dr. Moldenhauer. Was Dr. Bredt gesagt habe, das habe ja der bayrische Ministerpräsident Held auch gesagt, ohne dass von der Reichsregierung darauf eingegangen worden sei. Die Regierung reagiert nicht auf das Brüllen des bayrischen Löwen, sie werde erst empfindlich, wenn sich der Dompteur dieses Löwen, der Abg. Leucht, melde. (Heiterkeit). Die Wirtschaftspartei habe die Verständigkeitspolitik immer mitgemacht, aber sie verlange als Grundlage jeder Außenpolitik eine gesunde Wirtschafts- und Finanzpolitik. Der Youngplan wirke finanziell zwar günstiger als der Dawesplan; aber er bringt nicht die Schutzbestimmungen für die deutsche Währung, die der Dawesplan enthielt. Wenn jetzt die Regierung die Schutzbestimmungen des Dawesplanes als ganz wertlos hinstelle, so widerspräche das allen früheren Regierungserklärungen. Das nehme der Wirtschaftspartei auch den Glauben an die jetzigen Regierungserklärungen.

Abg. Dr. Schneider=Dresden (D. Vp.) beschäftigt sich mit dem Reichsbankgesetz und empfiehlt eine auch vom Zentrum, der Bayer. Volkspartei und den Christlich-Nationalen unterstützte Entschliessung, die Reichsbank möge wie in früheren Zeiten die aus den Verträgen mit den öffentlichen Kassen anfallenden Gelder wieder längere Zeit dem Geldbedarf der Gebiete zur Verfügung stellen, aus denen die Gelder stammen.

Abg. Dr. Köhler (Ztr.) erkennt an, dass mit dem Reichsbankgesetz wesentliche Verbesserungen gegenüber dem bisherigen Zustand erreicht seien. Bedauerlich sei aber, dass auch jetzt noch nicht die Reichsbahn enger der Reichsregierung angegliedert sei. Vielleicht hänge das zusammen mit der Reise, die der Präsident des Reichsbahn-Verwaltungsrats Herr v. Siemens während der Pariser Sachverständigenkonferenz nach Paris unternommen habe. Diese Reise sei gegen die ausdrückliche Willenserklärung nicht nur der Reichsregierung, sondern auch des Generaldirektors Dorpmüller unternommen worden. Dem Generaldirektor sei überhaupt kein Vorwurf zu machen; aber einer kleinen Schicht aus der Reichsbahn-Hauptverwaltung werde nachgesagt, dass sie bei den Pariser Verhandlungen und auch sonst sich erfolgreich bemüht habe, den Fortbestand ihrer privilegierten Stellung sich zu sichern zum Schaden des Einflusses der Reichsregierung und zum Schaden der Rechtsstellung der Reichsbahnbeamten. Zu begrüßen sei die jetzt erreichte Ausschaltung der ausländischen Kontrolleure, deren Einfluss Deutschland nicht nur bei der Tarifgestaltung, sondern auch bei der Finanzierung der Reichsbahn geschädigt habe.

Abg. Kling (Bayr. Bauernbund) äussert die Befürchtung, dass auch unter dem Youngplan die Hauptlast der Reparationen auf die Schultern der kleinen Bauern und des werttätigen Mittelstandes gelegt und dass der Steuerdruck sich noch verschärfen werde.

Abg. Pallmann (Wirtsch. Pt.) erklärt als Abgeordneter aus der Rheinpfalz, die Bevölkerung des besetzten Gebietes sei einig darin, dass sie die Befreiung nicht durch weitere dem ganzen deutschen Volk auferlegte Dauerlasten erkaufen lassen wolle.

Abg. Scheffel (Soz)

über das Reichsbahngesetz: Wir stimmen diesem Gesetz wahrlich nicht mit Begeisterung zu. Da der Youngplan der Deutschen Republik die volle Unabhängigkeit bringt, sollte man erwarten können, dass die Reichsbahn, von ausländischer Festsellung befreit, wieder zum reinen Staatsbetrieb wird. Zur Pariser Konferenz sind durch Herrn Dr. Schacht auch zwei Vertreter der Reichsbahngesellschaft hinzugezogen worden, aber kein Vertreter des Reichsverkehrsministeriums. Die Gewerkschaften waren zwar auch vertreten, aber nur für die Personalfragen. Die Reichsbahn hat in Zukunft 55 % der gesamten Reparationslast zu tragen und durch die allmonatliche Zahlung werden die Ausgaben auch höher, als bisher bei der halbjährlichen. Ferner müssen ausserordentlich grosse Rücklagen gemacht werden, was gar nicht gerechtfertigt erscheint, zumal die Reichsbahn von nun an auch Hypotheken aufnehmen kann. Eine Verminderung der von der Reichsbahn zu zahlenden Beförderungssteuer wäre wünschenswert, schon um eine sonst nötig werdende aber höchst unerwünschte Tarifierhöhung zu vermeiden. (Sehr richtig!)

Eine Anzahl wichtiger Bestimmungen des Reichsbahngesetzes sind mit dem Youngplan verbunden, also unabänderlich, andere können nur geändert werden, wenn die Gesamtlage der Reichsbahn sich ändert. Im übrigen finden die deutschen Gesetze Anwendung, allerdings soweit nicht das Gesetz oder die Gesellschaftssatzung etwas anderes besagt. (Aha! bei den Kom.) Wir hätten es anders gemacht, wären wir bei der Schaffung des Gesetzes massgebend gewesen. (Zustimmung der Soz.) Obwohl der Generaldirektor dem Parlament nicht verantwortlich ist, erhält er die Machtfülle einer Regierung. Die Anwendung der Gewerbeordnung und ihrer Arbeiterschutzbestimmungen auf die Reichsbahn wird ausgeschlossen! Die Reichsbahn ist Kontrollinstanz und Richter in eigener Sache. Bei dem bedenklichen Steigen der Unfallziffern wäre eine andere Gestaltung notwendig, und die Einrichtung einer besonderen Kontrollinstanz unter Mitwirkung der Gewerkschaften etwa wie beim Bergbau. Diese Sonderstellung der Reichsbahn kann zu unerträglichen Zuständen führen.

1924 als mit dem Dawesplan das Reichsbahngesetz geschaffen wurde, ist erklärt worden, dass die Beamten ihre Rechte und Pflichten unverändert beibehalten. In Wahrheit aber sind die 700.000 Reichsbahner unter ein Ausnahmerecht gestellt zu Staatsbürgern 2. Klasse gemacht worden. Auch das neue Gesetz versagt den Beamten und zum Teil auch den Arbeitern die Gleichberechtigung mit ihren Kollegen in anderen öffentlichen Betrieben. Die Ordnung der Arbeits- und Besoldungsverhältnisse soll in Anlehnung an die Vorschriften für Reichsbetriebe gestaltet sein. In Wirklichkeit aber sind 120 bis 130.000 Reichsbahner schlechter gestellt als vergleichbare Beamte in anderen öffentlichen Betrieben, Behörden und Verwaltungen. Die 1929 ergangene Regelung der Arbeitszeit für die Verkehrs- und Betriebsarbeiter ist im grossen und ganzen allerdings annehmbar. Aber das ist erst nach jahrlangem Mühen erreicht worden. Eine tarifliche Regelung der Arbeitszeit ist aber unzulässig und die Schlichtungsinstanzen haben sich dafür als unzuständig erklärt. Bei der Ratifikation des Washingtoner Abkommens, mit der uns andere Staaten vorangegangen sind, muss die Reichsbahn einbezogen werden. Die Reichsverfassung erklärt, dass die Arbeitskraft dem Schutz des Reiches unterstellt ist, die Versailler Friedensbestimmungen fordern internationale Regelung der Arbeitszeit. Die Arbeitsminister der 5 grössten Industriestaaten Europas waren schon 1924 einig, dass auch die Eisenbahnen unter das Washingtoner Abkommen gestellt werden müssen.

Die Zahl der leitenden Beamten bei der Deutschen Reichsbahn, heute 287, kann nach dem Gesetz bis auf 350 vermehrt werden. Sie ist viel zu hoch. Mehrere dieser leitenden Beamten erhalten Bezüge, die schon nicht mehr beamtenmässig genannt werden können; sie sind vielleicht die einzigen in Deutschland, die infolge der Reparationspflicht und ihrer Regelung grosse Vorteile erhalten haben. Die Reise von zehn Reichsbahndirektoren und des Verwaltungsratspräsidenten

v. Siemens nach Paris scheint sich gelohnt zu haben. Sowohl in Bezug auf die Zahl der leitenden Beamten, wie auf die Leistungszulagen sind die Wünsche des Reichstags vollkommen unberücksichtigt geblieben. Es sind zwar gewisse Richtlinien mit der Personalvertretung aufgestellt worden, aber in der Hauptsache wird alles in der Dunkelkammer gemacht. Mit der angeblichen Notlage der Reichsbahn stehen diese Ausgaben ebenso wenig im Einklang, wie die ganz unsinnige und kostspielige Soldatenspielerei mit ihren Manövern, Schiess- und Handgranatenübungen, Panzerzügen usw. (Zuruf der Kom.: "Ihr habt ja alles das bewilligt!") Das haben wir nie getan, darauf hat die Sozialdemokratie und haben die freien Gewerkschaften niemals Einfluss gehabt. Würden Sie (zu den Komm.) vernünftiger Politik treiben, dann wäre es möglich gewesen, solche Dinge zu verhindern. (Neue Zurufe der Kom.) Die Herren aus der Radauecke (Heiterkeit) (Rüge des Präsidenten) sollten vor ihrer eigenen Tür kehren. Wir wissen, was wir der Arbeiterschaft schuldig sind, und sind stets bereit, unsere ganze Kraft dafür einzusetzen. Für diese Militärübungen gewährt die Reichsbahn Urlaub, den sie Provinzialabgeordneten, Schöffen und Stadtverordneten verweigert, besonders wenn sie republikanisch Parteien angehören. (Hört! Hört!) Darum sollte sich die Regierung kümmern. (Ruf der Komm.: "Sie hat nichts zu sagen!") Sie hat zwar kein Anordnungs- oder Einspruchsrecht, aber sie sitzt im Verwaltungsrat, (Zuruf der Komm.: "Hat nichts zu sagen!") allerdings nur mit beratender Stimme. Der Reichsverkehrsminister müsste Vorsitzender des Verwaltungsrats sein. Bei der Zusammensetzung des Verwaltungsrats muss das Personal ausreichend berücksichtigt und es müssen auch die Bezüge der Verwaltungsräte herabgesetzt werden.

Wenn die Reichsbahn trotz der riesigen Materialabgabe nach dem Krieg auf eine nie erreichte Höhe gebracht worden ist, so hat das Personal das grösste Verdienst daran. Es sollte darum von dem Ausnahmerecht befreit werden. Wenn die Regierung von ihrem Aufsichtsrecht den notwendigen Gebrauch macht und den Verwaltungsrat entsprechend besetzt, dann können wir uns schliesslich mit dem neuen Reichsbahngesetz wie mit dem ganzen Youngplan abfinden. (Beifall der Soz.)

Ein Antrag des Abg. Torgler (Kom.), die Beratung, die schon über 7 Stunden dauert, auf Montag zu vertagen, wird nicht von den erforderlichen 30 Abgeordneten unterstützt. - Nach einer Rede des Abg. Gross (Z.) wird die Weiterberatung auf Montag 1 Uhr vertagt.

Abg. Dr. Everling (Dnat.) beantragt, mit der Tagesordnung einen Amnestieantrag für die Femeleute zu verbinden, da die vorgesehene Rheinlandamnestie nur diejenigen begnadige, die gegen Deutschland gearbeitet hätten. - Der Antrag wird mit den Stimmen der Regierungsparteien abgelehnt, ebenso ein Antrag der Kommunisten, die für Montag weiter vorgesehene Beratung der Immunitätsangelegenheiten bis nach Erledigung der Youngplangesetze aufzuschieben.

Schluss nach 18 Uhr.
